



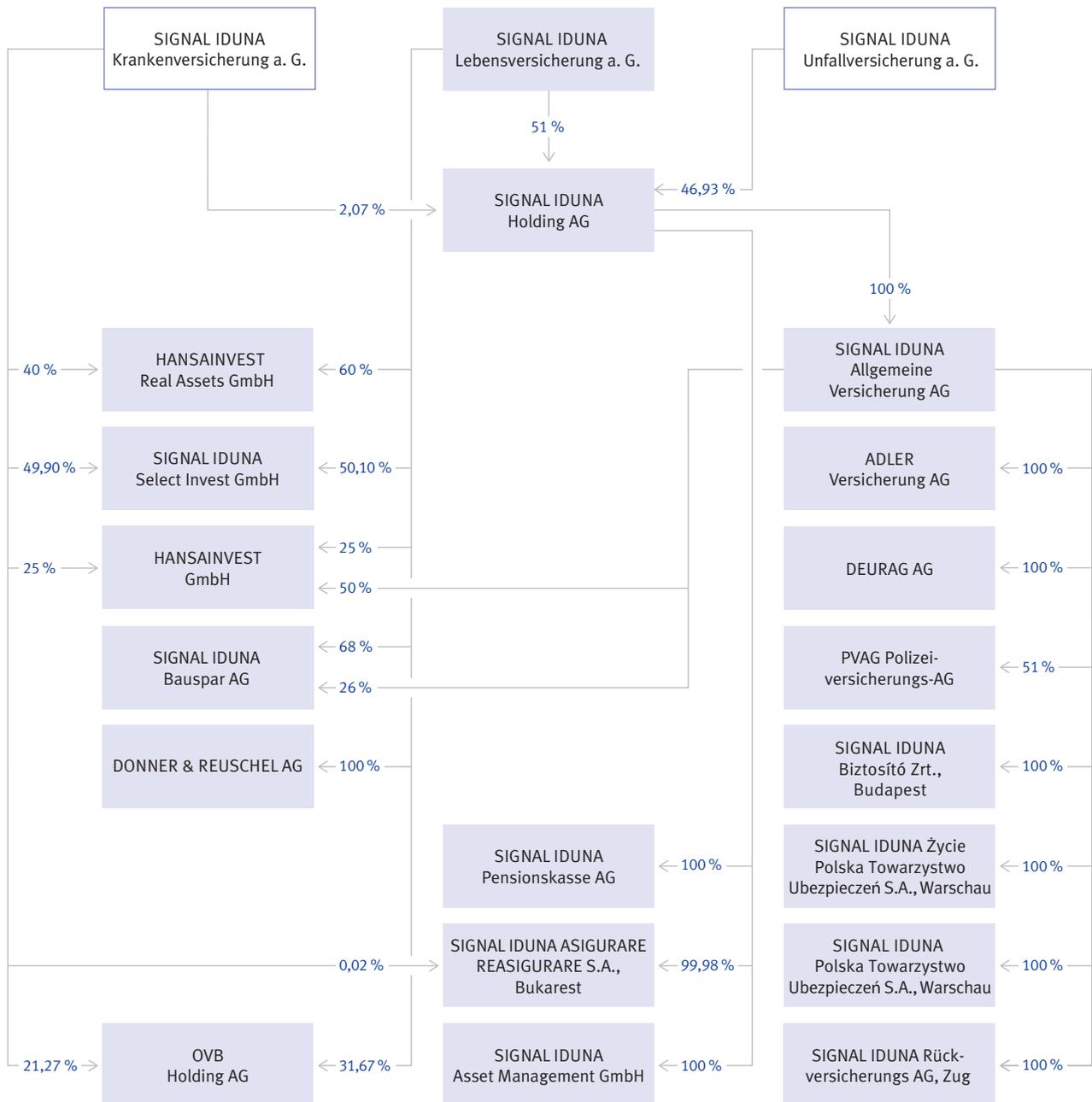
Geschäftsbericht 2019

DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe

		2019	2018	2017
Vertragsbestand				
Laufender Beitrag für ein Jahr in der Lebensversicherung	in Mrd. EUR	1,178	1,193	1,216
Selbst abgeschlossene Lebensversicherungsverträge	in Mio.	1,961	1,983	2,026
Versicherte natürliche Personen in der Krankenversicherung	in Mio.	2,539	2,539	2,540
Selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsverträge	in Mio.	7,333	7,186	7,584
Versicherungs- und Sparbeiträge				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1.394	1.379	1.409
Krankenversicherung		2.931	2.863	2.819
Schaden- und Unfallversicherung		1.429	1.359	1.324
Rückversicherung		163	139	136
Spar- und Tilgungseingänge im Bauspargeschäft		163	162	159
Netto-Mittelaufkommen im Investmentgeschäft		2.899	3.841	3.759
Leistungen für Versicherungsfälle				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1.810	1.686	1.546
Krankenversicherung		2.431	2.350	2.295
Schaden- und Unfallversicherung		890	907	875
Rückversicherung		107	102	100
Assets Under Management				
	in Mio. EUR			
Kapitalanlagen in der Lebensversicherung		22.359	22.617	22.447
Kapitalanlagen in der Krankenversicherung		24.607	23.944	22.874
Kapitalanlagen in der Schaden- und Unfallversicherung		3.559	3.460	3.356
Kapitalanlagen in der Rückversicherung		674	598	576
Baudarlehen und Kapitalanlagen im Bauspargeschäft		1.146	1.067	982
Fondsvermögen im Investmentgeschäft*		19.735	16.331	13.909
Assets Under Management im Bankgeschäft		8.437	8.490	8.920
Mitarbeiter				
Angestellte Mitarbeiter		7.465	7.329	7.648
Haupt- und nebenberufliche Vermittler		21.250	21.398	27.435

* ohne gruppeneigene Spezialfonds



Die farblich hinterlegten Unternehmen gehören zum SIGNAL IDUNA Leben Konzern.

		2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung in %
Beitragseinnahmen (brutto)	TEUR	166.044	174.529	175.818	174.658	174.805	+ 0,1
Schadenzahlungen (brutto)	TEUR	119.242	132.457	127.067	124.209	125.843	+ 1,3
Schadenquote (brutto)*	%	74,4	77,4	75,7	74,5	74,6	+ 0,1
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (f.e.R.)	TEUR	54.707	54.742	50.690	52.290	52.043	- 0,5
Kostenquote*	%	33,1	31,6	28,8	29,8	29,7	- 0,1
Anzahl der mindestens einjährigen Verträge	Stück	1.234.052	1.218.523	1.200.354	1.158.062	1.153.475	- 0,4
Anzahl Schadenmeldungen	Stück	210.834	211.724	201.622	195.662	188.832	- 3,5
Kapitalanlagen	TEUR	371.326	384.272	383.896	403.699	403.289	- 0,1
Jahresüberschuss	TEUR	221	97	1.758	514	126	- 75,5

* in % der verdienten Bruttobeiträge

DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Geschäftsbericht 2019
Hauptversammlung am 27. April 2020

7	Lagebericht
25	Jahresabschluss
26	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019
28	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019
	Anhang
32	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
38	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2019
46	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019
50	Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2019
52	Sonstige Angaben
54	Organe
55	Konzernangaben
56	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
62	Bericht des Aufsichtsrates

Lagebericht

Lagebericht

I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG ist der alleinige Rechtsschutzversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe und alleiniger Rechtsschutzpartner der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe. Das Versicherungsgeschäft erstreckt sich ausschließlich auf die Sparte Rechtsschutz und wird über zwei Marken vertrieben. Mit der Marke DEURAG sind wir im Maklervertrieb und mit der Marke ALLRECHT über die Ausschließlichkeitsorganisation der SIGNAL IDUNA Gruppe tätig. Mit beiden Marken sind wir schwerpunktmäßig im Privatkundengeschäft tätig.

Die DEURAG ist der achtgrößte Rechtsschutzversicherer Deutschlands (Quelle: Statistik der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – Erstversicherungsunternehmen und Pensionsfonds / Schaden- und Unfallversicherung 2018). Das Geschäft erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Der Standort unseres Unternehmens ist Wiesbaden.

Die internationale Konjunktur hat weiter an Dynamik verloren und ist insgesamt verhalten. Insbesondere der Warenhandel ist bereits seit 2018 rückläufig. Der Rückgang des Warenhandels ist vor allem in handelspolitischen Konflikten begründet. Handelskonflikte belasten die internationale Konjunktur auch dadurch, dass sie die politischen Rahmenbedingungen für den Außenhandel unsicherer machen. Diese Unsicherheiten dämpfen wiederum die Investitionsbereitschaft von Unternehmen.

Die Konjunktur im Euroraum entwickelte sich im Verlauf des Jahres 2019 moderat. Das Wachstum der europäischen Wirtschaft betrug 1,2 % (Vorjahr: 1,9 %). Die Inflationsrate (der harmonisierte Verbraucherpreisindex) betrug 1,4 %. Vor allem leidet der innereuropäische Handel unter der Sorge des nach wie vor nicht ausgeschlossenen harten EU-Austritts von Großbritannien.

Die deutsche Volkswirtschaft befand sich nach einem Rückgang im Frühjahr leicht im Wachstum. Das preis-

bereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs in 2019 um 0,6 % und betrug nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 3,4 Billionen EUR. Die hohe Exportorientierung der deutschen Volkswirtschaft und die starke Ausrichtung auf Investitionsgüter machten Deutschland anfällig für die weltweite Konjunkturertrübung.

Der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise in 2019 um 1,4 % (Vorjahr 1,8 %) ist auf gestiegene Energie- und Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Die Kerninflation legte mit 1,5 % (Vorjahr 1,4 %) ebenfalls etwas langsamer zu. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2019 von knapp 45,3 Mio. Erwerbstätigen erbracht, was den höchsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung widerspiegelt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2019 5,0 % (Vorjahr: 5,2 %).

Entwicklung der Kapitalmärkte

Auch 2019 beherrschte die Politik die Kapitalmärkte. Insgesamt hinterließ der zunehmende Protektionismus negative Spuren in der Realwirtschaft mit der Folge, dass sich die globale Konjunktur spürbar abkühlte.

Dies führte insbesondere in den USA zu einem Richtungswechsel in der Geldpolitik. Bereits im Januar beendete die US-Notenbank (FED) ihren Zinserhöhungskurs mit einer ersten Zinssenkung, der noch zwei weitere Anpassungen folgten. In der Folge fiel die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen im Jahresverlauf deutlich und lag zum Jahresultimo bei 1,92 % – ein Minus von 0,77 %-Punkten im Vergleich zum 31. Dezember 2018.

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) rückte angesichts der wirtschaftlichen Rahmendaten von ihrer Ende 2018 begonnenen Kurswende ab und nahm nicht nur das Anleihekaufprogramm in einer Höhe von 20 Mrd. EUR monatlich wieder auf, sondern senkte auch den Einlagenzins im September von -0,4 % auf -0,5 %. Der Leitzins blieb mit 0,0 % weiterhin unverändert.

Entsprechend fiel die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen in den ersten drei Quartalen deutlich bis auf ein historisches Tief von -0,71 % im August. Nach einer Gegenbewegung im vierten Quartal lag die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe per 31. Dezember 2019 schließlich bei -0,19 % und damit um 0,43 %-Punkte unter dem Vorjahresresultimo.

Im Wesentlichen durch eine expansivere Geldpolitik getrieben, entwickelten sich die Aktienmärkte in 2019 trotz der negativen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich positiv. So gewann der DAX 30 im Vergleich zum 31. Dezember 2018 um 25,5 % an Wert. Auch die europäischen Aktienmärkte – repräsentiert durch den EuroStoxx50 – verzeichneten einen Wertzuwachs von 24,8 %.

Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft gehört nach wie vor zu den wichtigsten Branchen der deutschen Volkswirtschaft und ist insbesondere vom Niedrigzinsumfeld geprägt. Neben dem Umsatz, dem Beitrag zum Steueraufkommen und der hohen Anzahl von Erwerbstätigen in der Branche sind es vor allem die zentralen Funktionen der Versicherer, ohne die eine moderne Wirtschaft und Gesellschaft heutzutage nicht mehr denkbar wären. Die deutschen Versicherer leisten einen wesentlichen Beitrag für die soziale Sicherung der privaten Haushalte und ermöglichen durch die Übernahme von Risiken der Unternehmen wirtschaftliche Aktivitäten und Innovationen und damit ein höheres Niveau an Wohlstand und Beschäftigung. Die Erfahrung in der Risikobewertung kann zu besseren Entscheidungen im Umgang mit Risiken führen. Durch die schnelle Bereitstellung finanzieller Mittel vor allem nach großen Schadenfällen, wie bei Naturkatastrophen, erfüllt die Versicherungswirtschaft eine wichtige gesamtwirtschaftliche Stabilisierungsfunktion.

Die Branche gehört mit Kapitalanlagen von rund 2 Billionen EUR zu den größten institutionellen Anlegern in Deutschland. Durch die sehr langfristige Ausrichtung in der Kapitalanlage sind die Versicherer ein

Stabilitätsanker auf den Finanzmärkten – Märkte, die aufgrund der steigenden globalen Vernetzung immer volatiler werden.

Das Umfeld der deutschen Versicherungswirtschaft befindet sich weiterhin massiv im Umbruch. Themen wie die Digitalisierung, das weiter anhaltende Niedrigzinsumfeld, umfangreiche Regulierungsreformen, neue Risikolandschaften bedingt durch den demografischen Wandel und die Veränderung des Klimas beeinflussen den Wettbewerb und die Innovationsdynamik der Branche stark. Gerade auch vor dem Hintergrund einer veränderten Wettbewerbslandschaft für die etablierten Versicherer gilt es, die neuen Trends aktiv zu gestalten, um weiterhin am Markt erfolgreich zu sein. Technologische Innovationen im Versicherungs- und Finanzdienstleistungssektor haben weltweit den Markteintritt neuer Wettbewerber begünstigt. Dies sind junge Unternehmen, die mithilfe technologiebasierter Systeme nutzerfreundliche Versicherungs- und Finanzdienstleistungen anbieten (Insure- und FinTechs).

Laut dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ergab sich für das Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Wachstum der Beitragseinnahmen in Höhe von 6,7 % auf 216,0 Mrd. EUR. Alle Sparten verzeichneten ein leichtes Wachstum. Die Beiträge der Schaden- und Unfallversicherung wuchsen um 3,4 % auf 73,0 Mrd. EUR. Die Beiträge der Privaten Krankenversicherungen stiegen um 2,3 % auf 40,7 Mrd. EUR. Die Lebensversicherung im weiteren Sinne mit Pensionskassen und Pensionsfonds verzeichnete einen Zuwachs um 11,3 % auf 102,5 Mrd. EUR, der hauptsächlich durch einen Anstieg der Einmalbeiträge in der Lebensversicherung um 36,0 % getragen wurde.

Schaden- und Unfallversicherung im Markt

Die im Inland erzielten Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherer wuchsen nach Angaben des GDV um 3,4 % auf 73,0 Mrd. EUR.

Die Allgemeine Unfallversicherung wies einen Beitragsanstieg von 1,5 % auf rund 6,6 Mrd. EUR aus. Die An-

zahl der Verträge verhielt sich im Vergleich zum Vorjahr konstant und lag 2019 bei 25,4 Mio. Verträgen.

In der Kraftfahrtversicherung setzte sich die Tendenz der Vorjahre fort, die Beitragseinnahmen stiegen 2019 um 2,4 % auf 28,6 Mrd. EUR an. Die Anzahl der Verträge erhöhte sich über alle Vertragsarten um 2,0 % auf insgesamt 121,0 Mio. Verträge.

In der Sachversicherung nahmen die Beitragseinnahmen für die private und gewerbliche Sachversicherung jeweils um 5,5 % auf insgesamt 21,4 Mrd. EUR zu. Die Beiträge in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung stiegen um 7,5 % auf rund 8,2 Mrd. EUR.

Ein Anstieg der Beiträge um 3,0 % auf rund 8,1 Mrd. EUR war in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung zu verzeichnen.

In der Rechtsschutzversicherung stiegen die Beiträge um 2,5 % auf 4,3 Mrd. EUR.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres stiegen in der Schaden- und Unfallversicherung 2019 auf 53,3 Mrd. EUR (+1,6 %).

In der Allgemeinen Unfallversicherung war ein Anstieg der Leistungen um 1,5 % zu verzeichnen. Die Schaden-Kostenquote (brutto) verblieb bei rund 77,0 %.

In der Kraftfahrtversicherung stiegen die Aufwendungen für Schäden um 4,7 % auf 25,0 Mrd. EUR. Die Schaden-Kostenquote (brutto) zeigte einen leichten Anstieg auf 98,0 % (Vorjahr 96,1 %).

Die Aufwendungen für Schäden in der Sachversicherung sanken um 6,0 % auf 14,1 Mrd. EUR. Die Schaden-Kostenquote (brutto) verringerte sich von 99,0 % auf 91,0 %. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Belastung durch Stürme und Starkregenereignisse nach dem überdurchschnittlichen Vorjahr in 2019 unter dem Schnitt lag. Auch sind Feuer-Größtschäden in dreistelliger Millionenhöhe ausgeblieben.

In der Verbundenen Wohngebäudeversicherung sank der Aufwand für Geschäftsjahresschäden um 3,0 % auf rund 5,8 Mrd. EUR.

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung blieb der Aufwand für Schäden im Vergleich zum Vorjahr konstant bei 5,2 Mrd. EUR. Die Schaden-Kostenquote (brutto) verblieb bei rund 89,0 %.

In der Rechtsschutzversicherung war ein Anstieg der Leistungen um 4,5 % auf 2,9 Mrd. EUR zu verzeichnen. Die Schaden-Kostenquote (brutto) blieb mit rund 99,0 % weitgehend konstant.

Der versicherungstechnische Gewinn von rund 4,9 Mrd. EUR erhöhte sich leicht (Vorjahr: 4,1 Mrd. EUR). Die Schaden-Kostenquote (brutto) betrug 93,0 % (Vorjahr: 94,1 %).

II. Geschäftsverlauf

Neu- und Erhöhungsgeschäft, Beitragseinnahmen sowie Bestandsentwicklung

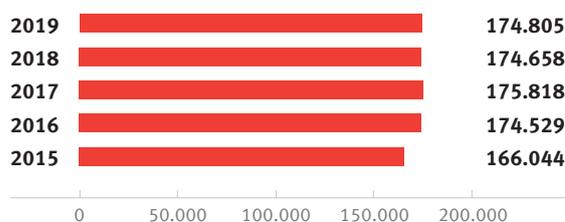
Im Geschäftsjahr 2019 hat sich das Neu- und Erhöhungsgeschäft gegenüber dem Vorjahr um 135 TEUR leicht auf 12.594 TEUR erhöht (Vorjahr 12.459 TEUR).

In einem nach wie vor durch einen hohen Grad der Marktdurchdringung und intensiven Preiswettbewerb gekennzeichneten Rechtsschutzmarkt ist die Anzahl der Versicherungsverträge von 1.158.062 im Vorjahr um -0,4 % auf 1.153.475 zurückgegangen.

Die Bruttobeitragseinnahmen sind dennoch leicht um 0,1 % auf 174.805 TEUR gestiegen (Vorjahr 174.658 TEUR). Die Rückversicherungsbeiträge betragen 155 TEUR (Vorjahr 0 TEUR).

Gebuchte Bruttobeiträge 2015 – 2019

in TEUR



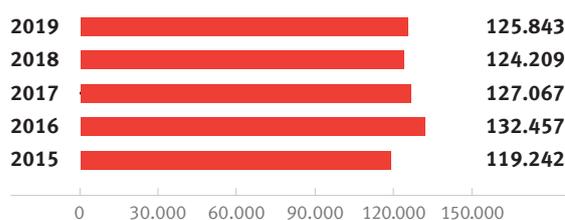
Aufwendungen für Versicherungsfälle

Im Jahr 2019 sind inklusive der telefonischen Rechtsberatung sowie der Online-Rechtsberatung 188.823 Schäden gemeldet worden. Gegenüber dem Vorjahr mit 195.665 Schäden hat sich die Anzahl der Schadenmeldungen um -3,5 % (Vorjahr -3,0 %) verringert.

Die Bruttoschadenzahlungen einschließlich der Schadenregulierungskosten betragen 125.843 TEUR und liegen damit um 1.633 TEUR über dem Vorjahr. Der Hintergrund der höheren Schadenzahlungen sind im Wesentlichen Fälle aus dem Dieselskandal.

Bruttoschadenzahlungen 2015 – 2019

in TEUR



Die Bruttorekstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle hat sich um 4.888 TEUR erhöht (Vorjahr 6.594 TEUR) und beträgt jetzt 289.012 TEUR (Vorjahr 284.124 TEUR).

Insgesamt betragen die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle 130.730 TEUR (Vorjahr 130.803 TEUR). Die bilanzielle Schadenquote brutto erhöht sich leicht um 0,1 %-Punkte auf 74,6 % (Vorjahr 74,5 %).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die auf die verdienten Bruttobeiträge bezogene Kostenquote beläuft sich auf 29,7 % und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,1 %-Punkte gesunken (Vorjahr 29,8 %). Die absoluten Aufwendungen liegen mit 52.043 TEUR um 246 TEUR unter dem Vorjahresbetrag von 52.289 TEUR. Zurückzuführen ist dies auf einen Rückgang der Sachkosten sowie auf eine Methodenänderung im Zusammenhang mit abgegrenzten Provisionsaufwendungen.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Bruttoergebnis beträgt -7.429 TEUR (Vorjahr -7.217 TEUR). Das Rückversicherungsergebnis beläuft sich zu unseren Gunsten auf +891 TEUR (Vorjahr 0 TEUR), sodass das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung -6.538 TEUR (Vorjahr -7.217 TEUR) beträgt.

Kapitalanlagen

Im Geschäftsjahr 2019 hat sich der Kapitalanlagebestand von 403.699 TEUR um 410 TEUR auf 403.289 TEUR verringert. Allerdings haben sich die Sondervermögen von 120.504 TEUR um 9.000 TEUR auf 129.504 TEUR deutlich erhöht. Auch die Inhaberschuldverschreibungen sind von 83.130 TEUR um 7.131 TEUR auf 90.261 TEUR gestiegen.

Die Kapitalanlagen gliedern sich wie folgt:

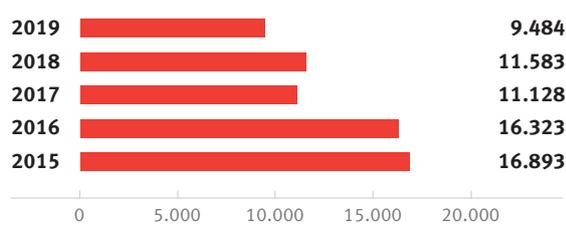
Bestand der Kapitalanlagen

	2019 TEUR	2018 TEUR
Grundbesitz	5.535	6.583
Anteile an verbundenen Unternehmen	50	50
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	858	109
Sondervermögen	129.504	120.504
Inhaberschuldverschreibungen	90.261	83.130
Namenschuldverschreibungen	134.765	142.708
Schuldscheinforderungen/Darlehen	28.800	41.798
Einlagen bei Kreditinstituten	13.500	8.800
Andere Kapitalanlagen	16	16
Gesamt	403.289	403.699

Das Kapitalanlageergebnis für das Jahr 2019 fällt mit 9.484 TEUR um 2.099 TEUR niedriger aus als im Vorjahr mit 11.583 TEUR. Es beinhaltet Erträge aus Sondervermögen in Höhe von 2.777 TEUR (Vorjahr 3.363 TEUR). In den Aufwendungen sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 795 TEUR enthalten. Die laufende Durchschnittsverzinsung liegt mit 2,6 % um 0,3 %-Punkte unter dem Vorjahreswert von 2,9 %. Die Nettoverzinsung liegt mit 2,4 % um 0,5 %-Punkte unter dem Vorjahreswert von 2,9 %.

Kapitalanlageergebnis 2015 – 2019

in Mio. EUR



Gesamtergebnis

Das positive Ergebnis aus dem nichtversicherungs-technischen Geschäft in Höhe von 7.909 TEUR (Vorjahr 8.795 TEUR) führt insgesamt zu einem Überschuss der normalen Geschäftstätigkeit von 1.372 TEUR (Vorjahr 1.577 TEUR). Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 126 TEUR (Vorjahr 514 TEUR). Das Ergebnis liegt damit im Rahmen unserer Erwartungen.

Vergleich der Prognose mit der tatsächlichen Entwicklung

Vor dem Hintergrund unseres Profitabilisierungsprogramms erwarteten wir hinsichtlich der verdienten Beiträge für eigene Rechnung einen leichten Rückgang. Dieser Rückgang ist wie prognostiziert eingetreten.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung sind entgegen unserer Prognose nur leicht rückläufig. Hintergrund sind im Wesentlichen die höheren Zahlungen für Versicherungsfälle im Zusammenhang mit dem Diesel-Skandal sowie eine höhere

Zuführung zur Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Ungeplant erhaltene Zahlungen eines Rückversicherers wirken dagegen positiv.

Die prognostizierte Zuführung zur Schwankungsrückstellung konnte nicht realisiert werden, da eine notwendige Voraussetzung zu ihrer Bildung nicht erfüllt ist.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und die Kostenquote sind anders als prognostiziert nicht gestiegen, sondern leicht gesunken. Dies ist in erster Linie auf eine Methodenänderung im Zusammenhang mit abgegrenzten Provisionsaufwendungen zurückzuführen.

Das Kapitalanlageergebnis hatten wir gegenüber dem Vorjahr etwa unverändert prognostiziert, jedoch liegen aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie der allgemeinen Kapitalmarktentwicklung die Kapitalerträge deutlich niedriger. Überdies erhöht eine außerplanmäßige Abschreibung die Aufwendungen für Kapitalanlagen. Demgegenüber konnte beim sonstigen Ergebnis die erwartete deutliche Verbesserung erzielt werden. Dies ist insbesondere auf geringere Projekt- und Beratungskosten sowie höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen.

Im Ergebnis liegt der Jahresüberschuss entsprechend der Prognose unter dem des Vorjahres und ist aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase, höheren Zahlungen für Versicherungsfälle sowie den Nachwirkungen unseres Profitabilisierungsprogramms als zufriedenstellend zu werten.

Vermögenslage

Zur Stärkung der Eigenmittel im Hinblick auf die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung nach Solvency II bestehen zwischen der DEURAG und der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, zwei Schuldscheindarlehen mit Nachrangvereinbarung über jeweils 10.000 TEUR. Die Nominalverzinsung der Darlehen beläuft sich auf 3,81 % p.a. bzw. 3,785 % p.a.

Die Hauptversammlung vom 29. April 2019 hat dem Gewinnverwendungsvorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2018 zugestimmt und damit verbunden 500 TEUR den Gewinnrücklagen zugeführt. Die Eigenkapitalquote der DEURAG (bezogen auf die Bilanzsumme) ist leicht von 14,8 % um 0,2 %-Punkte auf 14,6 % gefallen.

III. Abhängigkeitsbericht

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, hält 100 % der Anteile unseres Unternehmens.

Die DEURAG hält einen Anteil von 100 % an der ITC Consult GmbH, Wiesbaden. Zwischen beiden Gesellschaften besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Die DEURAG hält ebenfalls einen Anteil von 100 % an der RSS Rechtsschutz-Service GmbH, Wiesbaden. Zwischen beiden Gesellschaften besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit der folgenden Erklärung:

„Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem der im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse eines der herrschenden Unternehmen oder der mit ihnen verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns zum Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.“

IV. Risiko- und Chancenbericht

Nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB ist das Unternehmen verpflichtet, über Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung zu berichten. Die nach § 91 Abs. 2 AktG sowie darüber hinaus nach § 26 VAG geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungs- bzw. Risikomanagementsystems wurden getroffen.

Als Risiken und Chancen werden negative bzw. positive Abweichungen von den Zielerwartungen mit entsprechenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens definiert. Die für das Unternehmen relevanten Risiken und Chancen werden im Folgenden näher beschrieben.

Ziele des Risikomanagements

Das Ziel unseres Risikomanagements ist die langfristige Existenzsicherung des Unternehmens und eine damit verbundene ausreichende Eigenmittelausstattung. Um dies zu gewährleisten, gehen wir nur Risiken ein, die wir inhaltlich verstehen, die wir mit angemessenen Methoden bewerten können und für deren operative Steuerung wir über die erforderlichen qualitativen und quantitativen Ressourcen verfügen.

Geschäftsstrategie und Risikostrategie

Die Geschäftsstrategie bestimmt die geschäftspolitische Ausrichtung, die Zielsetzungen und die Planung der DEURAG.

Aus der Geschäftsstrategie leiten wir konsistent unsere Risikostrategie ab. Diese beschreibt die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken bezüglich ihres Einflusses auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens und den Umgang mit den Risiken einschließlich Steuerung und Überwachung.

Organisation des Risikomanagementsystems

Die DEURAG ist ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe. Innerhalb der Gruppe ist ein konsistentes Risikomanagementsystem implementiert, das in

einer Risikomanagement-Leitlinie geregelt und dokumentiert ist.

Der Gesamtvorstand der DEURAG trägt die Verantwortung für die angemessene und wirksame Ausgestaltung des Risikomanagementsystems.

Die Risikomanagementfunktion deckt die „Unabhängige Risikocontrollingfunktion“ nach § 26 Abs. 8 VAG ab. Sie ist gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig. Die Risikomanagementfunktion trägt keine Verantwortung für Entscheidungen über das Eingehen von Risiken oder den Einsatz der Risikosteuerungsmaßnahmen. Die Aufgabe der Risikokontrolle und der Risikosteuerung sind voneinander getrennt. Durch diese Trennung wird sichergestellt, dass keine Interessenkonflikte entstehen (Funktionstrennungsprinzip). Die Risikomanagementfunktion ist in die Prozesse des Ertragsmanagements eingebunden, sodass frühzeitig eine Risiko-Chancen-Betrachtung erfolgt.

Das Management einzelner Risiken und deren Steuerung liegen in der Verantwortung der Risikomanager in den Fachbereichen. Wesentliche Aufgabe der Risikomanager ist die Identifikation der Risiken ihres Verantwortungsbereichs, deren Bewertung und Steuerung sowie die operative Überwachung der Risiken. Die Risikomanager führen pro Quartal Risikoinventuren durch. Die Risikodaten und die eingesetzten Steuerungsmaßnahmen werden in einer zentralen Risikodatenbank dokumentiert.

Wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems

Die Risikokultur des Unternehmens fördert durch eine offene Kommunikation und einen kritischen Dialog das Bewusstsein für das Vorhandensein von Risiken und den offenen Umgang mit diesen.

Ein wesentliches Element des Risikomanagementsystems ist der Risikomanagementprozess, der sich

aus der Risikoidentifikation, der Risikoanalyse und -bewertung, der Risikosteuerung und -überwachung sowie der Risikoberichterstattung zusammensetzt.

Zur Risikoidentifikation werden quartalsweise Risikoinventuren durchgeführt. Dies soll gewährleisten, dass alle wesentlichen Risiken durch eine systematische Risikoanalyse erfasst werden. Das Ergebnis der Risikoidentifikation ist das Risikoinventar. Ferner wird eine jährliche Emerging Risk Inventur durchgeführt. Bei dieser werden neu auftretende Ereignisse oder zunehmende Trends berücksichtigt, die das Geschäftsumfeld der DEURAG betreffen, wobei deren Ursache nicht oder nicht direkt von der DEURAG beeinflussbar sein kann.

Im Rahmen der Risikoinventuren wird für alle Einzelrisiken eine Risikoanalyse und -bewertung durchgeführt. Die Bewertung erfolgt hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des monetären Schadensvolumens unter Berücksichtigung aller bestehenden Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen (Netto-Bewertung). Der Betrachtungshorizont ist ein Jahr. Für die Schätzung des Schadensvolumens erfolgt z. B. eine Angabe der mindestens und maximal zu erwartenden Schadenhöhe. Ferner werden die Risiken durch die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung sowie mit Hilfe unseres Modells zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) quantitativ bewertet. In diesem ORSA-Prozess erfolgt zusätzlich eine Analyse der Veränderung des Risikoprofils und der Kapitalanforderung über den Planungszeitraum.

Gegenstand der Risikosteuerung ist die aktive Beeinflussung der im Rahmen der Risikoidentifikation und Risikoanalyse ermittelten Risikoposition. Die Risikosteuerungs- und Risikokontrollmaßnahmen müssen in Einklang mit den Unternehmenszielen und den daraus abgeleiteten Zielen des Risikomanagements stehen. Die Risikosteuerung liegt in der Verantwortung der Risikomanager in den Fachbereichen.

Die Risikoüberwachung wird durch das Risikotragfähigkeitskonzept, das daraus abgeleitete Limitsystem, das den Risikoappetit des Unternehmens berücksichtigt, und ein differenziertes Kennzahlensystem unterstützt. Diese Instrumente werden stetig weiterentwickelt.

Die von der Risikosteuerung unabhängige Risikokontrolle wird von der Risikomanagementfunktion wahrgenommen. Sie fördert die Umsetzung des Risikomanagementsystems und ist für die operative Durchführung zuständig. Zu ihren wesentlichen Aufgaben gehören unter anderem:

- die Unterstützung des Vorstandes und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems,
- die Überwachung des Risikomanagementsystems und des Gesamtrisikoprofils des Unternehmens,
- die Identifikation, Bewertung und Analyse von Risiken, die Überwachung der Maßnahmen zur Risikobegrenzung sowie
- die Berichterstattung über Risikoexponierungen.

Die Risikokontrollfunktion ist ferner zuständig für die Koordination der Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung nach Solvency II (Säule 1 Berechnungen), die Koordination und Durchführung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) und die Erstellung der Berichte hierzu.

Durch eine quartalsweise Berichterstattung der Risikomanagementfunktion an den Vorstand wird für umfassende Transparenz der Risikolage gesorgt. Bei Überschreitung von definierten Limits im Frühwarnsystem oder der erstmaligen Feststellung von Risiken erfolgt eine Sofortberichterstattung an den Gesamtvorstand. Die Berichterstattung zu den Kapitalanlagerisiken ist Gegenstand einer bestehenden konzerninternen Funktionsausgliederung.

Innerhalb des Risikomanagements werden auch Planungs- und Überwachungssysteme eingesetzt, die die Verfolgung von Ziel-/Ist- Abweichungen ermöglichen.

Die Überwachungssysteme und -prozesse werden kontinuierlich weiterentwickelt, um die Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Die Angemessenheit und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden fortlaufend durch die Risikomanagementfunktion überwacht. Das Risikomanagementsystem ist zudem jährlicher Prüfungsschwerpunkt der Internen Revision.

Materielle Risiken des Unternehmens

Die Risiken der DEURAG stehen im Wesentlichen mit dem betriebenen Erstversicherungsgeschäft sowie der Anlage und Verwaltung großer Kapitalanlagebestände im Zusammenhang. Wir betrachten daher folgende Risiken:

- Versicherungstechnische Risiken,
- Marktrisiken,
- Ausfallrisiken,
- Operationale Risiken und
- Sonstige Risiken.

Versicherungstechnische Risiken

Für die DEURAG sind folgende versicherungstechnischen Risiken von zentraler Bedeutung, die nach Materialität gemäß der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung absteigend geordnet sind:

- das Prämienrisiko,
- das Reserverisiko und
- das Stornorisiko.

Das **Prämienrisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der zukünftigen versicherten Ereignisse ergibt.

Dem Prämienrisiko begegnen wir durch eine risikogerechte und auskömmliche Tarifierung, Selbstbeteiligungen, Profitabilisierungsmaßnahmen und ein spezifisches Produktcontrolling. Ein wesentliches Steuerungselement sind die Annahmerichtlinien. Diese

beinhalten allgemeine und spezielle Grundsätze der Annahmepolitik. Die Annahmerichtlinien werden jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Die allgemeinen Rechtsschutzbedingungen beinhalten Risikoausschlüsse für Fälle, die wir wegen ihres Risikopotentials nicht versichern. Die Aktualität der Risikoausschlüsse wird regelmäßig überprüft. Eine Beitragsanpassungsklausel wirkt risikoreduzierend, indem sie es im vorgegeben Rahmen ermöglicht, die Prämien an die Schadenentwicklung anzupassen.

Das **Reserverisiko** besteht in dem Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf die Abwicklung eingetretener Schäden ergibt.

Das Reserverisiko wird durch eine monatliche Berechnung der Abwicklung überwacht. Es wurden verschiedene Kennzahlen zur Überwachung der Schadenentwicklung im Allgemeinen sowie in Bezug auf Kumulschäden definiert, die durch Frühwarnindikatoren des Risikomanagementsystems ergänzt werden.

In der Schadenanwendung der DEURAG ist ein statistisches Verfahren implementiert, das für die bekannten Schäden automatisch einen Reservewert ermittelt, der anschließend durch einen Sachbearbeiter auf seine Richtigkeit überprüft wird. Für die unbekannt Schäden wird die Bedarfsreserve jährlich aktuariell ermittelt.

Eine für die DEURAG relevante Kumulschadengruppe sind die Fälle aus dem sogenannten Diesel-Skandal. Die bisherige Rechtsprechung zu diesen Fällen ist uneinheitlich, jedoch mit Tendenz zugunsten der Kläger. Der BGH hat in einem Hinweisbeschluss im Januar 2019 festgestellt, dass eine illegale Abschaltvorrichtung in einem Dieselfahrzeug einen Sachmangel darstellt. Ende 2018 wurde von dem Verbraucherzentrale Bundesverband eine Musterfeststellungsklage eingereicht, an der sich deutlich mehr als 400.000 Autobesitzer beteiligt haben. Am 28. Februar 2020 wurde eine Einigung auf einen Vergleich verkündet, der vor-

aussichtlich ein Gesamtvolumen von 830 Mio. EUR haben wird. Das Vergleichsangebot soll aber nur für ca. 260.000 Fälle gelten, die im Zusammenhang mit einem spezifischen Motor stehen. Anspruchsberechtigte Teilnehmer der Musterfeststellungsklage müssen sich bis zum 20. April 2020 entscheiden, ob sie das Vergleichsangebot annehmen. Diejenigen, die bis dahin kein Vergleichsangebot erhalten oder das Angebot nicht annehmen, können aufgrund der Verjährung bis zum 20. Oktober 2020 ihre Ansprüche individuell einklagen. Vor diesem Hintergrund ist im Vergleich die Rücknahme der Musterfeststellungsklage bis Ende April 2020 vereinbart. Es ist festzuhalten, dass der Vergleich nur dann zu einer wesentlichen Entlastung unseres Unternehmens führt, wenn der Großteil der mit einem Vergleichsangebot ausgestatteten Autobesitzer dieses auch annehmen wird. Eine große Ungewissheit ist mit den Fällen verbunden, in denen die Autobesitzer kein Angebot erhalten werden.

Das **Stornorisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno-, Unterbrechungs- und Verlängerungsraten von Versicherungspolice ergibt. Die Überwachung des Stornorisikos erfolgt durch das laufende Bestandscontrolling. In 2019 wurden Untersuchungen mit dem Ziel durchgeführt, weitere Ansatzpunkte zu entwickeln, um bestehende Kundenbeziehungen zu festigen und die Kundentreue zu fördern.

Die Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse für eigene Rechnung entwickelten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	2015	2016	2017	2018	2019
Bilanzielle Schadenquote in %*	74,4	77,4	75,7	74,5	74,1
Abwicklungsquote in %**	4,3	0,0	-3,7	-10,4	-3,4
	2010	2011	2012	2013	2014
Bilanzielle Schadenquote in %*	72,1	72,4	71,9	68,5	78,9
Abwicklungsquote in %**	-2,9	0,9	3,2	5,6	-1,4

* Nettoschadenaufwendungen in % der verdienten Nettobeiträge

** Nettoabwicklungsergebnis in % der Nettoschadenrückstellung des Vorjahres

Die künftige Entwicklung von Prämien und Schäden wird durch den Einsatz von Planungsrechnungen geschätzt.

Marktrisiken

Das **Marktrisiko** bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es umfasst im Wesentlichen das Verlustrisiko aufgrund von nachteiligen Änderungen von Aktienkursen, Zinsen, Währungskursen, Kreditspreads sowie von Zeitwerten bei Beteiligungen und Immobilien. Zusätzlich zählt die Marktrisikokonzentration zur Gruppe der Marktrisiken. Das Marktrisiko wurde auch in 2019 maßgeblich durch die Entwicklung der Kapitalmärkte geprägt.

Zu den für die DEURAG wesentlichen Risiken gehören:

- das Spreadrisiko,
- das Aktienrisiko und
- das Zinsrisiko.

Das **Spreadrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der

Änderungen von Kreditspreads gegenüber dem risikolosen Zins auf den Marktwert von Kapitalanlagen unter Kreditrisikoaspekten analysiert. Die Veränderung der Kreditspreads resultiert aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie Veränderungen der Liquidität und somit der Handelbarkeit der Kapitalanlage. Das Risiko besteht im Werteverfall eines Kredits bzw. in der Möglichkeit, dass sich Verluste in Form von Kreditausfällen oder Ertragsausfällen ergeben.

Das Spreadrisiko wird im Rahmen der regelmäßigen Bewertung der Zinsträger beobachtet und bewertet.

Im Rahmen des implementierten Kreditprozesses erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Kreditengagements. Das Emittentenuniversum basiert auf einem internen Scoring-Prozess und definierten Limiten je Emittent. Neue Kreditsegmente und nicht alltägliche Anlagen durchlaufen einen standardisierten Prüfungsprozess.

Die Anlage erfolgt auf Basis des vom Vorstand verabschiedeten internen Anlagekatalogs (Kapitalanlage Leitlinie) und unter Berücksichtigung der unternehmensindividuellen Risikotragfähigkeit.

Darüber hinaus bestehen für den Einsatz von speziellen Finanzinstrumenten wie beispielsweise Kreditderivate oder strukturierte Produkte innerbetriebliche Richtlinien.

Den Schwerpunkt der Neuanlage in Zinsträger im Direktbestand bildeten Anlagen bei Kreditinstituten guter Bonität.

Zwecks Diversifizierung der Geldmarktstrategie vor dem Hintergrund von Negativzinsen für Fest- und Tagesgelder wurden kurzlaufende Unternehmensanleihen (Commercial Papers) mit einer Laufzeit von max. sieben Monaten erworben.

Die im Folgenden genannten Quoten wurden auf Basis von Marktwerten ermittelt.

Das Bankenexposure bildet mit 62,5 % der Kapitalanlagen weiterhin den Schwerpunkt im Portfolio, wobei hiervon 22,2 % Pfandbriefe sind. Daneben bestehen 66,2 % des Exposures aus erstrangigen Anlagen bei Banken und 5,2 % aus Nachrangtiteln. Die übrigen 6,4 % sind Aktien, Beteiligungen, Festgelder und andere Anlagen.

Das Unternehmen ist mit 11,0 % in Staatsanleihen exklusive Bund und Länder investiert. Zu den Top-Emitenten gehören Spanien mit 2,8 %, Italien mit 2,1 % und Polen mit 2,0 %. Aufgrund der politischen Unsicherheiten in Italien wurde der Anteil italienischer Staatsanleihen im Jahresverlauf um 0,8 %-Punkte reduziert.

Der Anteil der Anlagen bei Unternehmen außerhalb des Bankensektors beträgt 15,2 %, davon sind 60,5 % Zinsträger und 39,5 % Aktien bzw. Beteiligungen.

Die bereits seit einiger Zeit beobachtbare Verbesserung der Ratings setzt sich weiter fort. Trotz dieser positiven Entwicklung hat sich das Durchschnittsrating im Bestand der Zinsträger im Jahresverlauf leicht verschlechtert und beträgt zum 31. Dezember 2019 A. Der Erhalt einer guten Kreditqualität im Bestand steht auch weiterhin im Fokus der Neuanlage.

Der Bestand weist folgende Ratingstruktur auf:

	RATINGKLASSE	ANTEIL
Investment Grade	AAA	13,4 %
	AA	16,0 %
	A	40,2 %
	BBB	28,8 %
Non Investment Grade	BB–B	0,9 %
	CCC–D	0,0 %
ohne Rating		0,8 %

Chancen ergeben sich aus einer weiter verbesserten durchschnittlichen Kreditwürdigkeit im Emittentenuniversum sowie aus steigenden Zinsen, die auch für hoch geratete Anlagen wieder zu höheren Renditen führen würden.

Das **Aktienrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.

Chancen ergeben sich hierbei insbesondere aus einer die Prognose übersteigenden positiven Entwicklung der Aktienmärkte sowie aus einer nachhaltig positiven Wertentwicklung des Beteiligungsportfolios.

Die Aktienquote zu Marktwerten beträgt zum 31. Dezember 2019 unter Berücksichtigung von Absicherungsgeschäften 2,5 %.

Beim **Zinsrisiko** handelt es sich um das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der risikofreien Zinsstrukturkurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze. Das Zinsrisiko besteht für alle Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente, deren Marktwert auf eine Änderung der Zinskurve reagiert.

Neben Marktwertverlusten durch einen Zinsanstieg ergibt sich das Risiko auch daraus, dass bei der Neuanlage in Niedrigzinsphasen Zinserträge ggf. nicht mehr ausreichen, um passivseitige Anforderungen zu erfüllen.

Für die Überwachung der Marktrisiken von Aktien und Zinsträgern werden Sensitivitätsanalysen und Stresstests eingesetzt, welche die Wertveränderung des Portfolios in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen.

Ausfallrisiken

Das Ausfallrisiko betrifft mögliche Verluste, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungsunternehmen ergeben.

Bei der Bewertung des Ausfallrisikos werden die risikomindernden Verträge wie Rückversicherungs-

vereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken, die im Spreadrisiko nicht abgedeckt sind, berücksichtigt.

Bezüglich des Forderungsausfallrisikos von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern haben wir durch die Bildung von Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand Vorsorge getroffen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zum Bilanzstichtag 25,7 % (Vorjahr 24,6 %) der aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft resultierenden Forderungen pauschal wertberichtigt. Der Anteil der ausstehenden Forderungen (ohne Versicherungssteuer), deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurück liegt, beläuft sich auf ca. 2.249 TEUR. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge beträgt die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Geschäftsjahre 0,69 %.

Die Auswahl der Rückversicherer orientiert sich an Qualitätskriterien hinsichtlich der Finanzstärke, der fachlichen Qualität, den Möglichkeiten der Zusammenarbeit sowie der geschäftlichen Ausrichtung des Unternehmens. Die Ratingeinstufungen der Rückversicherer sind ein weiteres wichtiges Indiz für deren Solidität. Durch den Einkauf von Rückversicherungsschutz bei mehreren Rückversicherungspartnern kann dieses Ausfallrisiko diversifiziert werden. Der Bedarf und die Realisierung eines Rückversicherungsschutzes werden regelmäßig überprüft. Aktuell bestehen keine laufenden Rückversicherungsverträge.

Operationale Risiken

Operationale Risiken betreffen die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle und beschreiben das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern, der Systeme oder durch externe Ereignisse ergibt. Das Rechtsrisiko ist ein Bestandteil des operationalen Risikos. Folgende operationale Risiken sind für die DEURAG wesentlich:

- IT-Risiken,
- Compliance-Risiken,
- Rechtsrisiken sowie
- Prozessrisiken.

Eine große Bedeutung haben die **IT-Risiken**, da alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aufgaben des Versicherungsbetriebes durch Informationstechnik (IT) unterstützt werden. Hierunter fallen alle IT-bezogenen Risiken, die aus dem Eigentum, dem Betrieb, der Nutzung und der Änderung von Informationstechnologie entstehen.

Die ITC Consult GmbH, Wiesbaden, eine 100%ige Tochtergesellschaft der DEURAG, betreibt und administriert die gesamte IT-Infrastruktur für das Unternehmen. Um den IT-Risiken entgegenzuwirken, sind grundsätzlich alle technischen Einrichtungen, soweit sie interner Natur sind, redundant ausgelegt. Die gesamte IT-Technik ist auf zwei Standorte verteilt, die jeweils über eigene Anbindungen an die Außenwelt eigenständig arbeitsfähig sind. Die Rechenzentren kommunizieren miteinander und spiegeln die essentiellen Unternehmensdaten. Ein zentrales Element zur Minderung von IT-Risiken ist die Durchführung von Datensicherungen nach einem definierten Datensicherungskonzept. Dem Ausfall der IT-Systeme wird mit Bereitschaftsregeln sowie Wartungsverträgen mit den verschiedenen Anbietern von Hard- und Software entgegengewirkt.

Das IT-Sicherheitskonzept der ITC Consult GmbH beschreibt die realisierte IT-Architektur und die technischen und organisatorischen Abläufe zur Gewährleistung eines sicheren Betriebes der IT. Es werden dabei die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bekannten Grundschutzwerte der Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Authentizität als Prüfmaßstab verwendet. Basis des Sicherheitskonzepts ist eine IT-Sicherheitsrichtlinie, welche die Regelungen zum sicheren Betrieb von IT-Verfahren und IT-Systemen enthält. Die Eignung der beschriebenen Vorkehrungen wird regelmäßig, z. B. im Rahmen von Notfallübungen oder IT-Sicherheitsaudits, überprüft und bewertet.

Darüber hinaus wirkt die ITC Consult GmbH den im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung entstandenen neuen digitalen Bedrohungen, insbesondere Cyber-Risiken, hinreichend entgegen. Die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von Daten und Informationen werden bei der Verarbeitung derselben jederzeit gewährleistet.

Um Schaden vom Unternehmen abzuwenden, werden neben den technischen Sicherheitsstandards (Stand der Technik) innerhalb der IT auch Sensibilisierungsmaßnahmen (Awareness) für die User durch den IT-Sicherheitsbeauftragten durchgeführt.

Die **Compliance-Risiken** sind die mit der Nichteinhaltung von gesetzlichen Bestimmungen, regulatorischen Standards oder wesentlicher vom Unternehmen selbst gesetzten ethischen Normen und internen Anforderungen verbundenen Risiken. Die Auswirkungen dieser Risiken umfassen finanzielle Schäden, Strafen und Bußgelder, Sanktionen der Aufsichtsbehörde, Reputationsschäden und individuelle Organhaftungsrisiken. Die Compliance-Grundsätze der DEURAG sind im Compliance-Kodex festgelegt. Die Überwachung der Compliance-Risiken im Sinne einer Überwachung der Einhaltung rechtlicher Vorgaben, aufsichtsrechtlicher Anforderungen und sonstigen internen und externen Vorgaben und Standards sind der Compliance-Funktion zugewiesen. Für die Einhaltung der Regelkonformität sind verschiedene präventive Maßnahmen definiert (z. B. Rechtsmonitoring, Schulungsmaßnahmen, regelmäßige Überwachungshandlungen, Compliance-Risikoanalyse).

Die DEURAG hat eine Compliance-Funktion entsprechend § 29 Abs. I VAG eingerichtet, die auf Gruppenebene Teil des durch den Chief Compliance Officer geführten zentralen Compliance Offices ist. Die Compliance-Funktion betreibt das Compliance-Management-System und entwickelt dies parallel zu den regulatorischen Anforderungen weiter. Sie unterstützt Mitarbeiter, Führungskräfte und Vorstand bei der Umsetzung der im Compliance-Kodex festgelegten Unternehmensgrundsätze.

Rechtsrisiken bezeichnen Risiken von Verlusten aufgrund von Änderungen des durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens sowie durch Änderungen in der Gesetzgebung. Den Rechtsrisiken begegnen wir dadurch, dass sämtliche Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, soweit diese eine erhebliche Bedeutung für unser Unternehmen haben können, einer ständigen Beobachtung unterliegen.

Das Unternehmen ist beispielsweise von neuen Datenschutzanforderungen, neuen EU-Versicherungsvertriebsrichtlinien sowie versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT betroffen.

Das **Prozessrisiko** bezeichnet Risiken, die aufgrund fehlgeschlagener Prozesse direkt oder indirekt zu Verlusten führen, vor allem im Falle von Prozessen mit Kontakt zu Kunden oder Geschäftspartnern. Prozesse unterliegen dem Risiko, dass sie aufgrund von Fehlbearbeitungen ganz oder teilweise fehlschlagen.

Für die wesentlichen Prozesse der DEURAG werden Prozessdokumentationen erstellt. Die Dokumentationen umfassen auch die prozessrelevanten, operationalen Risiken in Verbindung mit den durch die prozessverantwortlichen Bereiche definierten risikomindernden Kontrollen und Maßnahmen. Kontrollen können vor- oder nachgelagert zum Prozess greifen, präventiver oder detektiver Art sein und automatisiert, teilautomatisiert oder manuell ablaufen.

Sonstige Risiken

Unter **Liquiditätsrisiken** verstehen wir das Risiko, dass wir nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um unseren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Diese Gefahr wird durch den Einsatz von Finanzplanungsinstrumenten begrenzt, welche zur Abstimmung des Kapitalanlagebestandes, der laufenden Zahlungsströme und der versicherungstechnischen Verpflichtungen eingesetzt werden. Das Liquiditätsrisiko wird für das Unternehmen als nicht materiell eingestuft.

Das **Reputationsrisiko** ist das Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens ergibt. Dieses Risiko kann durch eine Verschlechterung des Renommées oder des Gesamteindrucks infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) entstehen. Das Reputationsrisiko ein Risiko, das in der Regel in Wechselwirkung mit anderen Risiken auftritt. Schäden oder Verluste realisieren sich im Blickwinkel anderer Risiken.

Die öffentliche Wahrnehmung unseres Unternehmens beobachten wir zum Beispiel mithilfe eines regelmäßig erstellten Pressespiegels, durch Vermittlerbefragungen und durch ein Social Media Monitoring. Zur Steuerung der Risiken aus einer negativen öffentlichen Darstellung betreiben wir eine zentralisierte proaktive Pressearbeit.

Zusammenfassung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Solvency II wurden entsprechend unserer Meldungen an die BaFin im gesamten Geschäftsjahr erfüllt.

Die Auswirkungen der jetzigen Corona-Pandemie sowie die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank und das daraus resultierende dauerhaft niedrige Zinsumfeld stellen Herausforderungen für unser Unternehmen dar, denen mit vielfältigen Maßnahmen entgegengewirkt wird. Sollte die Corona-Krise länger anhalten, ist ein erheblicher Anstieg bei einer Reihe der vorstehend beschriebenen Risiken nicht auszuschließen. Zum heutigen Zeitpunkt haben wir allerdings keine Erkenntnisse, dass es nicht gelingt, diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Zusammenfassend ist für unser Unternehmen festzustellen, dass derzeit den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken nicht erkennbar sind.

V. Ausblick

Nachdem im Jahr 2019 die Migration des Bestandes der Marke ALLRECHT in das führende Bestandsverwaltungssystem der DEURAG erfolgreich abgeschlossen worden ist, können die dadurch freigewordenen Kapazitäten der IT-Entwickler für die Weiterentwicklung und Pflege unserer Softwaresysteme genutzt werden. Gleichzeitig ist unser Augenmerk auf die Optimierung unserer internen Prozesse und Strukturen gelegt. Ziel ist es, möglichst weitreichend Optimierungspotentiale zu heben, die zu einer spürbaren Verbesserung unseres Services für unsere Kunden- und Vertriebspartner führen und letztlich auch auf die Verbesserung der Schadenquote und das betriebswirtschaftliche Ergebnis einzahlen werden. Hierzu wurde u. a. ein Strategieprozess gestartet, der alle Handlungsfelder des Unternehmens umfasst, um die DEURAG in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Themen wie Digitalisierung, agiles Handeln, Innovation, Nachhaltigkeit, mobiles Arbeiten und effektives Dienstleistungsmanagement sind Eckpfeiler unserer zukunftsfähigen Ausrichtung, die unsere Stellung als verantwortungsvoller und verlässlicher Partner unserer Kunden, Vertriebspartner und Dienstleister, aber auch insbesondere unserer Mitarbeiter stärken werden.

In Zusammenarbeit der Leistungsbearbeitung mit der Mathematik wurde und wird das Reservierungsverfahren stetig weiterentwickelt und um Verbesserungen ergänzt. Auf den erzielten Ergebnissen des Geschäftsjahres 2019 werden wir weiter aufsetzen, um in Bezug auf volatile Schadenentwicklungen ein möglichst hohes Maß an Sicherheit zu erreichen.

In diesen Tagen stehen Deutschland und die gesamte Welt unter dem Einfluss der globalen Verbreitung der Lungenkrankheit Covid-19. Die Konsequenzen für das Zusammenleben der Menschen und für unsere Wirtschaft sind zum heutigen Zeitpunkt nicht abzusehen. Regierungen und Notenbanken schnüren Hilfspakete und errichten Schutzschilde, um nachhaltigen Schaden von den Unternehmen und den Beschäftigten ab-

zuwenden. Inwieweit diese Maßnahmen greifen, lässt sich aktuell schwer abschätzen.

Als DEURAG haben wir die weltweite Ausbreitung des Virus mit Besorgnis verfolgt und in unserem Haus schon frühzeitig die für uns notwendigen Maßnahmen eingeleitet. So haben wir sowohl den internen Krisenstab als auch das betriebliche Kontinuitätsmanagement aktiviert. Um eine Verbreitung des Virus in unserem Unternehmen möglichst zu verhindern, haben wir die Dienstreisetätigkeiten weitestgehend eingestellt. Daneben haben wir die Möglichkeiten für mobiles Arbeiten deutlich erweitert. Im Vertrieb gibt es eine flächendeckende Abdeckung mit mobilen Computern, so dass über die digitalen Kanäle die Kundenkontakte gewahrt werden können. Die für die großflächige Ausweitung des mobilen Arbeitens erforderliche zusätzliche Stabilisierung der Netzwerk-Infrastruktur hat die IT abgeschlossen. Im Bedarfsfall kann somit der wesentliche Teil aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mobil eingesetzt werden. Damit ist unser Geschäftsbetrieb sichergestellt, insbesondere auch im Falle einer möglichen Standortschließung.

Eine Unwägbarkeit aus vertrieblicher Sicht ist die Corona-Krise gerade auch für die unabhängigen Vermittler, insbesondere im Rahmen der umzusetzenden politischen Auflagen im Sinne des Kontaktverbots und darauf basierend durch die deutlich eingeschränkte Wahrnehmung von Terminen vor Ort beim Kunden. Wie sich die Umsätze in der Pandemie-Situation entwickeln, ist daher noch unklar. Insgesamt zeichnet sich bislang noch kein eindeutiger Trend ab. Je digitaler Makler und Agenten bereits heute aufgestellt sind, umso besser werden sie allerdings mit der Situation umgehen können.

Mit der Corona-Pandemie stehen wir alle vor neuen ungeahnten Herausforderungen. Als Vorstand arbeiten wir gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern intensiv daran, mit Blick auf unsere Kunden die negativen Konsequenzen für die DEURAG möglichst gering zu halten. Für die Unterstützung, die wir in diesem Zusammenhang auch aus Ihrem Kreis erfahren,

danken wir sehr herzlich. Ihnen wünschen wir für Ihr privates wie für Ihr berufliches Umfeld in diesen Zeiten alles erdenklich Gute.

VI. Prognose für das kommende Geschäftsjahr

Vor dem Hintergrund der Lungenkrankheit Covid-19 treten die Regierungen aller betroffenen Länder und deren Notenbanken entschlossen und mit aller Kraft den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie entgegen. Die Bundesregierung versucht, ein Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen einzurichten. Das Ziel ist es insbesondere, die Unternehmen mit ausreichend Liquidität auszustatten, um die Umsatz- bzw. Liquiditätsausfälle zu kompensieren. Inwieweit die ergriffenen Maßnahmen greifen werden, lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt nur schwer abschätzen. Allerdings spüren viele Unternehmen bereits Auswirkungen der Pandemie. Die Absage von Messen und Großveranstaltungen, der Rückgang der Reisetätigkeit sowie die Einrichtung von Grenzkontrollen wirken sich auf die Dienstleistungsbranche aus, insbesondere auf Logistik, Handel, Gastronomie und Tourismus. Gleichzeitig geht die Auslandsnachfrage zurück und internationale Lieferketten werden beeinträchtigt, was sich auf die weltweite Produktion auswirkt. In Deutschland ist die Automobilbranche – als eine der wichtigsten Schlüsselindustrien – durch Werkschließungen im In- und Ausland betroffen.

Für das Jahr 2020 erwarten wir daher, dass die Unsicherheit in der Weltwirtschaft sehr hoch sein wird und Nachfrage- sowie Produktionsausfälle im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus das globale Wirtschaftswachstum erheblich belasten werden.

Die Strategie der Geldpolitik bleibt weiterhin expansiv. Durch die Ausbreitung des Coronavirus wird die Situation weiter verschärft. In der Nacht zum 19. März 2020 verabschiedete die Europäische Zentralbank (EZB) ein beispielloses Rettungspaket mit dem Namen „Pandemic Emergency Purchase Programm“ (PEPP),

das mindestens bis Ende 2020 laufen soll. Im Rahmen des PEPP wird die EZB weitere Anleihen im Wert von 750 Mrd. EUR kaufen und weicht dazu bestehende Kriterien auf, welche Papiere von der Notenbank angekauft werden können. Dank einer Sondergenehmigung kann die Notenbank unter PEPP so auch griechische Staatsanleihen kaufen. Bislang waren sie von den laufenden Anleihekäufen aufgrund ihres schwachen Kreditratings ausgeschlossen. Auch Unternehmensanleihen und Unternehmenskredite sollen Teil des Programms sein. Die EZB hat insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen Verwerfungen an den Kapitalmärkten angekündigt, das volle Potenzial ihrer Werkzeuge auszuschöpfen, um die ökonomischen Auswirkungen des Coronavirus zu bekämpfen. Auf den Finanzmärkten wird das extreme Niedrigzinsumfeld fortbestehen. Weder aus konjunkturellen Gründen noch mit Blick auf die Geldpolitik ist mit einem Zinsanstieg zu rechnen.

In Europa wird das Wirtschaftswachstum zusätzlich durch die Unwägbarkeiten bezüglich der Ausgestaltung des Brexits gehemmt. Laut dem Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befindet sich die deutsche Volkswirtschaft im Abschwung. Vor diesem Hintergrund hat der SVR seine BIP-Prognose für 2020, die bereits vor der Ausbreitung des Coronavirus veröffentlicht wurde, auf 0,9 % gesenkt.

Aufgrund von Unwägbarkeiten in Bezug auf die konkreten Auswirkungen der Corona-Pandemie sind negative Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DEURAG nicht auszuschließen. Angesichts der akuten Verwerfungen an den Kapitalmärkten und der volkswirtschaftlichen Einflüsse der Corona-Pandemie ist zu erwarten, dass sich Auswirkungen vor allem im Bereich der Kapitalanlagen sowie der Neugeschäfts- und Schadenentwicklung und beim Jahresüberschuss ergeben. Inwieweit die Auswirkungen auch die Beitragsentwicklung sowie den Versicherungsbestand betreffen, kann gegenwärtig nicht verlässlich berechnet werden. Je länger die Pandemie andauert, desto größer könn-

ten die negativen Effekte jedoch sein. Vor diesem Hintergrund werden die konkreten Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unser Unternehmen derzeit analysiert.

Die nachfolgende Prognose wurde vor dem weltweiten Ausbruch der Corona-Pandemie erstellt. Informationen, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Abschlusses zu einer verlässlicheren und aussagekräftigeren Prognose führen, lagen nicht vor. Daher basiert die nachfolgende Prognose auf einem Planungsszenario ohne Berücksichtigung der potenziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unsere Geschäftsentwicklung.

Wir gehen von etwa gleichbleibenden Beiträgen aus sowie rückläufigen Schadenzahlungen bzw. Aufwendungen für Versicherungsfälle. Eine Unwägbarkeit hierbei ist die Schadenregulierung für Fälle des Diesel-Skandals.

Nach unserer Prognose werden sich die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb aufgrund höherer Provisionsaufwendungen sowie Sachkosten leicht erhöhen und zu einem moderaten Anstieg der Kostenquote führen.

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2019 erwarten wir ein höheres Kapitalanlageergebnis. Das sonstige Ergebnis erwarten wir auf Vorjahresniveau.

Insgesamt gehen wir von einem leicht höheren Jahresüberschuss aus.

VII. Gewinnverwendungsvorschlag

EUR

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, den Jahresüberschuss von 125.753,44 EUR zuzüglich des verbliebenen Gewinnvortrages von 38.175,75 EUR wie folgt zu verwenden:

Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Zuführung zu den Gewinnrücklagen	100.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	63.929,19

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	2019 EUR	2018 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			2.500.334,00		2.961.007,00
II. Geleistete Anzahlungen			46.977,01		147.672,08
				2.547.311,01	3.108.679,08
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			5.535.217,27		6.583.417,41
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		50.000,00			50.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		857.814,12			109.407,61
			907.814,12		159.407,61
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		129.503.512,99			120.503.512,99
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		90.261.140,14			83.129.973,14
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	134.765.283,67				142.707.812,58
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	28.800.000,00				41.798.492,41
		163.565.283,67			184.506.304,99
4. Einlagen bei Kreditinstituten		13.500.000,00			8.800.000,00
5. Andere Kapitalanlagen		16.050,00			16.050,00
			396.845.986,80		396.955.841,12
				403.289.018,19	403.698.666,14
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		3.284.079,68			3.731.824,74
2. Versicherungsvermittler		98.881,50			84.770,07
davon:			3.382.961,18		3.816.594,81
an verbundene Unternehmen:					
0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)					
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			77.820,81		0,00
III. Sonstige Forderungen			179.645,73		1.078.412,74
davon:				3.640.427,72	4.895.007,55
an verbundene Unternehmen:					
409.924,20 EUR (Vorjahr: 343.320,81 EUR)					
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			215.423,27		247.539,75
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			12.149.138,59		4.257.860,44
				12.364.561,86	4.505.400,19
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			3.271.180,54		3.424.076,71
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			1.037.398,28		413.877,09
				4.308.578,82	3.837.953,80
Summe der Aktiva				426.149.897,60	420.045.706,76

Passivseite

	EUR	EUR	2019 EUR	2018 EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		29.093.000,00		29.093.000,00
II. Kapitalrücklage		9.732.074,73		9.732.074,73
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	204.516,75			204.516,75
2. andere Gewinnrücklagen	23.171.675,25			22.671.675,25
		23.376.192,00		22.876.192,00
IV. Bilanzgewinn		163.929,19		538.175,75
davon:			62.365.195,92	62.239.442,48
Gewinnvortrag: 38.175,75 EUR (Vorjahr: 24.612,39 EUR)				
B. Nachrangige Verbindlichkeiten				
I. Nachrangige Darlehen			20.000.000,00	20.000.000,00
davon:				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 20.000.000,00 EUR (Vorjahr: 20.000.000,00 EUR)				
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	39.014.205,62			39.351.290,58
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		39.014.205,62		39.351.290,58
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	289.011.771,44			284.124.232,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	– 506.051,00			0,00
		288.505.720,44		284.124.232,00
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		316.000,00		320.000,00
			327.835.926,06	323.795.522,58
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.496.114,00		3.206.774,00
II. Steuerrückstellungen		1.330.420,03		607.863,22
III. Sonstige Rückstellungen		3.290.768,61		3.257.006,53
			8.117.302,64	7.071.643,75
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	1.744.845,52			1.578.657,56
2. Versicherungsvermittlern	1.814.691,88			1.265.472,77
davon:		3.559.537,40		2.844.130,33
gegenüber verbundenen Unternehmen: 307.146,54 EUR (Vorjahr: 10.933,30 EUR)				
II. Sonstige Verbindlichkeiten		4.257.971,30		4.078.303,92
davon:			7.817.508,70	6.922.434,25
aus Steuern: 2.798.001,34 EUR (Vorjahr 2.772.885,17 EUR) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 28.700,00 EUR (Vorjahr: 28.700,00 EUR) gegenüber verbundenen Unternehmen: 34.572,37 EUR (Vorjahr 35.572,62 EUR)				
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			13.964,28	16.663,70
Summe der Passiva			426.149.897,60	420.045.706,76

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Posten

	EUR	EUR	2019 EUR	2018 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	174.805.497,04			174.657.991,66
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 155.286,13			0,00
		174.650.210,91		174.657.991,66
c) Veränderung der Beitragsüberträge		337.084,96		1.044.861,16
			174.987.295,87	175.702.852,82
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			198.423,16	164.805,30
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 125.842.635,19			- 124.209.351,29
bb) Anteil der Rückversicherer	540.134,68			0,00
		- 125.302.500,51		- 124.209.351,29
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 4.887.539,44			- 6.593.731,00
bb) Anteil der Rückversicherer	506.051,00			0,00
		- 4.381.488,44		- 6.593.731,00
			- 129.683.988,95	- 130.803.082,29
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen			4.000,00	7.000,00
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		- 52.043.454,88		- 52.289.062,04
b) davon ab:				
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0,00		0,00
			- 52.043.454,88	- 52.289.062,04
6. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			- 6.537.724,80	- 7.217.486,21

Posten

Posten	2019	2018
EUR	EUR	EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Erträge aus Kapitalanlagen:		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	500.752,32	501.011,11
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	10.408.089,33	11.404.783,64
	10.908.841,65	11.905.794,75
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00	285.798,88
c) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	83.369,25	107.921,32
	10.992.210,90	12.299.514,95
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	- 436.931,35	- 419.763,37
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	- 1.048.200,14	- 253.493,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	- 23.158,01	- 42.988,03
	- 1.508.289,50	- 716.244,40
	9.483.921,40	11.583.270,55
3. Sonstige Erträge		1.964.220,55
	2.329.756,80	
4. Sonstige Aufwendungen		- 4.752.927,69
	- 3.904.337,83	- 2.788.707,14
	- 1.574.581,03	
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.577.077,20
	1.371.615,57	
6. Außerordentliche Aufwendungen		- 53.330,00
	- 53.327,00	
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 991.810,04
	- 1.174.016,89	
8. Sonstige Steuern		- 18.373,80
	- 18.518,24	- 1.010.183,84
	- 1.192.535,13	
9. Jahresüberschuss		513.563,36
	125.753,44	
10. Gewinnvortrag		24.612,39
	38.175,75	
11. Bilanzgewinn		538.175,75
	163.929,19	

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Aus rechentechnischen Gründen können im Lagebericht und im Anhang Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (EUR, % etc.) auftreten.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet. Die linearen Abschreibungen erfolgen planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Die geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände werden zum Nennwert angesetzt.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Bilanzierung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Beteiligungen

Die Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden

mit den Anschaffungskosten abzüglich geleisteter Tilgungen angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Grundsätzlich werden Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Investmentanteile Gebrauch gemacht. Eine außerplanmäßige Abschreibung ist gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt. Eine Wertminderung wird als dauerhaft angesehen, wenn der Zeitwert des deklarierten Bestandes in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt. Der Zeitwert des deklarierten Bestandes lag jedoch gemäß den gewählten Aufgreifkriterien in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten nicht permanent um mehr als 20 % und im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 10 % unter dem Buchwert. Die Wertminderung wird somit als nicht dauerhaft betrachtet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlung werden zu Anschaffungskosten – zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode – bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlung werden demnach wie Schuldscheinforderungen und Darlehen analog § 341c Abs. 3 HGB bilanziert.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen und Commercial Papers werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für Inhaberschuldverschreibungen, die dauerhaft dem Unternehmen dienen sollen, Gebrauch gemacht. Eine außerplanmäßige Abschreibung wird gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorgenommen, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt.

Strukturierte Produkte und die darin enthaltenen Optionen oder Verpflichtungen werden einheitlich bilanziert. Die Bewertung erfolgt entsprechend der Bewertung der anderen Inhaberschuldverschreibungen.

Sonstige Ausleihungen

Bei Anschaffung der Namensschuldverschreibungen werden die Nennwerte aktiviert. Die Unterschiedsbeträge zu den hingegebenen Beträgen werden aktivisch und passivisch abgegrenzt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert.

Strukturierte Produkte und die darin enthaltenen Optionen oder Verpflichtungen werden einheitlich bilanziert. Die Bewertung erfolgt entsprechend der Bewertung der anderen Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrigen Ausleihungen.

Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bilanzierung der Tages- und Festgelder wird zu Nominalwerten vorgenommen.

Andere Kapitalanlagen

Es handelt sich um Genossenschaftsanteile, die zu Anschaffungskosten bilanziert werden.

Forderungen

Bei den zu Nennwerten angesetzten Forderungen werden erkennbare Einzelrisiken durch Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt.

Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen an Versicherungsvermittler Rechnung getragen. Die Forderungen an Vermittler werden einzelwertberichtigt.

Sachanlagen und Vorräte

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen, die planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfolgen, bewertet.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert von über 250 EUR bis 800 EUR werden sofort voll abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestände werden zum Nennwert bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die noch nicht fälligen Zinsen und sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten werden zeitanteilig, die Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Die aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf temporären Differenzen im Bereich der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 31,53 % zugrunde gelegt.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bewertung der nachrangigen Verbindlichkeiten erfolgt zum Nennwert.

Beitragsüberträge

Die ausgewiesenen Beitragsüberträge enthalten im Berichtsjahr fällig gewordene, auf das Folgejahr entfallende Beitragsteile. Die Beitragsüberträge werden für jeden einzelnen Versicherungsvertrag zeitanteilig ermittelt und unter Berücksichtigung anteiliger Vertreterbezüge und vergleichbarer Kosten passiviert. Bei der Ermittlung der übertragsfähigen Beitragsteile wird das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 beachtet.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird nach § 341g HGB ermittelt und enthält die Rückstellung für bekannte Schäden, für wiederauflebende Schäden, die Spätschadenrück-

stellung und die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen.

Die Bildung der Schadenrückstellung erfolgt pro Ereignisjahr getrennt für Geschäftsjahresschäden, bereits gemeldete Spätschäden und noch zu erwartende Spätschäden.

Die Rückstellung für bereits bekannte Schäden, d. h. für Geschäftsjahresschäden und gemeldete Spätschäden, wird grundsätzlich auf individueller Grundlage ermittelt. Dabei werden Erfahrungswerte aufgrund historischer Schadenentwicklungen berücksichtigt.

Die Rückstellung für wiederauflebende Schäden sowie alle noch nicht bekannten Schäden, d. h. für noch zu erwartende Spätschäden, wird mit dem Chain-Ladder-Verfahren ermittelt, welches auf historischen Erfahrungswerten basiert.

Die Berechnung der Rückstellung für interne Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt gemäß dem koordinierten Ländererlass vom 2. Februar 1973. Die Rückstellung für externe Schadenregulierungskosten wird stückkostenabhängig ermittelt.

Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

Die Berechnung der Schwankungsrückstellung erfolgt auf Grundlage des § 341h HGB entsprechend der Anlage zu § 29 RechVersV. Im Geschäftsjahr war eine Bildung nicht erforderlich.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Stornorückstellung wegen Fortfalls oder Verminderung des technischen Risikos wird in Höhe der mutmaßlich zurück zu gewährenden Beiträge gebildet.

Andere Rückstellungen

• Pensionsrückstellungen

Für die Bewertung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Mit Ausnahme der Pensionszusagen aus Gehalts-umwandlung wird der Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem korrespondierenden Deckungsvermögen verrechnet. Der gemäß § 253 Abs. 2 HGB verwendete und zum Bilanzstichtag auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2019 prognostizierte und verwendete durchschnittliche Rechnungszins der vergangenen zehn Geschäftsjahre, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, beträgt 2,71 %. Der Zinssatz weicht nicht vom durch die Deutsche Bundesbank zum Stichtag veröffentlichten Zins von 2,71 % ab und führt zu keinen Änderungen des Verpflichtungsumfangs. Der Unterschiedsbetrag zum Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren wird in den Erläuterungen zur Bilanz angegeben.

Darüber hinaus werden folgende Bewertungsparameter bei der Berechnung berücksichtigt:

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Versorgungsberechtigten die Betriebsrente mit dem frühest möglichen Bezug einer Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen.

Falls in der Pensionszusage ein früheres Pensionierungsalter vereinbart ist, so wird dieses Pensionierungsalter bei der Bewertung berücksichtigt.

Für die Ausscheideursache Fluktuation wird eine Wahrscheinlichkeit von 1,30 % bei Männern und 1,00 % bei Frauen angesetzt. Der Gehaltstrend inklusive einer Karrierekomponente fließt mit 2,50 % ein. Falls die Pensionszusage eine garantierte Rentenanpassung enthält, wird diese berücksichtigt. Die übrigen Pensionszusagen werden mit einem Rententrend von 2,50 % bewertet.

Für kongruent rückgedeckte Pensionszusagen durch Gehaltsumwandlung erfolgt die Verrechnung mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung.

Der Effekt aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes wird im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Erträge daraus werden mit entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Das im Jahr 2010 aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgeübte Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird weiterhin in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2019 wird letztmalig ein Zehntel zugeführt.

• **Steuerrückstellungen**

Die Steuerrückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ermittelt.

• **Sonstige Rückstellungen**

1. Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen

Die Bewertung der Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit Ausnahme des Rechnungszinses analog zur Pensionsrückstellungsermittlung. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren zugrunde. Zum Bilanzstichtag wird ein auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2019 prognostizierter durchschnittlicher Rechnungszins der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,59 % verwendet.

2. Rückstellungen für Altersteilzeit

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Dabei ergibt sich der Erfüllungsbetrag aufgrund der versicherungsmathematisch diskontierten Gehaltszahlungen in der Freistellungsphase. Die Rückstellung beinhaltet außerdem den Arbeitgeberbeitrag zur ge-

setzlichen Rentenversicherung sowie den tariflichen Aufstockungsbetrag. Der Gehaltstrend inklusive einer Karrierekomponente fließt mit 2,50 % ein. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren zugrunde. Zum Bilanzstichtag wird ein auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2019 prognostizierter durchschnittlicher Rechnungszins der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 0,72 % verwendet.

Zur Insolvenzsicherung der Wertguthaben aus Altersteilzeitverpflichtungen gem. § 8a Altersteilzeitgesetz dient eine Bankbürgschaft.

3. Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihren Erfüllungsbetrag angesetzt und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten wird gemäß § 253 Abs. 1 S. 2 HGB mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen vorgenommen. Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Vorausgezahlte Zinsen und Mieten werden zeitanteilig, Disagiobeträge aus Namensschuldverschreibungen werden nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Passive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktivseite

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.547	3.109
Software	2.500	2.961
Geleistete Anzahlung auf Software	47	148

Die planmäßigen linearen Abschreibungen auf Software betragen für das abgelaufene Geschäftsjahr 727 TEUR (Vorjahr 818 TEUR). Bei den geleisteten Anzahlungen auf Software handelt es sich um noch in der Entwicklung befindliche Individualsoftware.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
B. Kapitalanlagen	403.289	403.699
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.535	6.583

Es handelt sich um das eigengenutzte Verwaltungsgebäude der DEURAG, Abraham-Lincoln-Str. 3 in Wiesbaden, sowie ein Parkdeck, Abraham-Lincoln-Str. 5 in Wiesbaden. Die Zeitwerte der Grundstücke sind durch Gutachten in den Jahren 2017 bzw. 2019 ermittelt worden. Nach dem Ertragswertverfahren bzw. anhand der (fortgeführten) Anschaffungskosten betragen diese zusammen 8.450 TEUR. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf den Grund und Boden des Parkdecks in Höhe von 795 TEUR.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	908	159

Die Bilanzposition besteht unter anderem mit 50 TEUR aus Anteilen an verbundenen Unternehmen. Es handelt sich um folgende Gesellschaften:

	BETEILIGUNGSANTEIL %	EIGENKAPITAL 2019 TEUR	ERGEBNIS 2019 TEUR
ITC Consult GmbH, Wiesbaden	100,00	25	50
RSS Rechtsschutz-Service GmbH, Wiesbaden	100,00	25	33

Mit der ITC Consult GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Zeitwert der Gesellschaft wird aus Vereinfachungsgründen anhand des Buchwertes ermittelt und beträgt 25 TEUR.

Mit der RSS Rechtsschutz-Service GmbH besteht ebenfalls ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Zeitwert der Gesellschaft wird aus Vereinfachungsgründen anhand des Buchwertes ermittelt und beträgt 25 TEUR.

In der Bilanzposition weiterhin enthalten sind Ausleihungen an verbundene Unternehmen von 858 TEUR (Vorjahr 109 TEUR). Es handelt sich um eine Ausleihung an die ITC Consult GmbH.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
B. III. Sonstige Kapitalanlagen	396.846	396.956

Der Buchwert der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** beträgt 129.504 TEUR (Vorjahr 120.504 TEUR). Es handelt sich um ein Sondervermögen, das auf die Bedürfnisse der DEURAG als den alleinigen Investor ausgerichtet ist, Anteile an einem Hypothekenfonds sowie um die Beteiligung an einem Immobilien-Sondervermögen. Ihre Zeitwertermittlung erfolgt anhand von Kurswerten zum letzten Börsentag. Der Zeitwert beträgt danach insgesamt 133.513 TEUR. Die Erträge der Fonds belaufen sich auf insgesamt 2.777 TEUR (Vorjahr 3.363 TEUR). Hiervon entfallen 2.483 TEUR (Vorjahr 3.107 TEUR) auf den Fonds „HANSA recht“ (ein Aktien- und Rentenfonds). Weitere 293 TEUR (Vorjahr 256 TEUR) entfallen auf den Fonds „HANSA real 2“, bei dem es sich um einen geschlossenen Immobilienfonds handelt. Bei einem Zeitwert von 116.601 TEUR und einem Buchwert von 113.436 TEUR ergibt sich gemäß §285 Nr. 26 HGB für den Fonds „HANSArecht“ eine stille Reserve in Höhe von 3.165 TEUR. Die Anteile der Fonds können börsentäglich zurückgegeben werden.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere belaufen sich auf einen Buchwert von 90.261 TEUR (Vorjahr 83.130 TEUR). Ihr Zeitwert beträgt 97.656 TEUR und entspricht den jeweiligen Börsenkursen.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit einem Buchwert (ohne Berücksichtigung von Agio und Disagio) von 163.565 TEUR gegenüber 184.506 TEUR im Vorjahr bilanziert. Der Zeitwert wird anhand der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt und beträgt zum Bilanzstichtag 181.145 TEUR.

Einlagen bei Kreditinstituten sind grundsätzlich mit den Nominalbeträgen angesetzt. Zum Bilanzstichtag bestanden Einlagen i. H. v. 13.500 TEUR (Vorjahr 8.800 TEUR).

Bei den **anderen Kapitalanlagen** handelt es sich um Genossenschaftsanteile in Höhe von 16 TEUR (Vorjahr 16 TEUR). Der Buchwert entspricht aus Vereinfachungsgründen dem Zeitwert.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
C. Forderungen	3.640	4.895
C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an	3.383	3.817
1. Versicherungsnehmer	3.284	3.732
2. Versicherungsvermittler	99	85

Von den Forderungen an Versicherungsnehmer wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko in Höhe von 1.076 TEUR abgesetzt (Vorjahr 1.214 TEUR).

Forderungen an Versicherungsvermittler werden durch Einzelwertberichtigungen in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
C. II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	78	0

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
C. III. Sonstige Forderungen	180	1.078
davon aus Steuern	14	144
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	124	910
davon sonstige Forderungen	42	24

Der Ansatz sämtlicher Forderungen erfolgt mit den Nominalbeträgen.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
D. Sonstige Vermögensgegenstände	12.365	4.505
D. I. Sachanlagen und Vorräte	215	248
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	182	206
2. Vorräte	33	42

Die **Sachanlagen** werden linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert von über 250 EUR bis 800 EUR werden sofort voll abgeschrieben.

Der Bestand an **Vorräten** wird durch körperliche Aufnahme und das Führen von Zu- und Entnahmelisten ermittelt.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
D. II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	12.149	4.258

Die Bewertung erfolgt zum Nennwert.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.309	3.838

Es handelt sich hier vor allem um noch nicht fällige Zinsen auf Kapitalanlagen (3.271 TEUR), abgegrenzte Provisionsaufwendungen (719 TEUR) und Agiobeträge (267 TEUR), die in Abhängigkeit von den jeweiligen Restforderungen auf die Laufzeit verteilt werden.

Passivseite

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
A. Eigenkapital	62.365	62.239
A. I. Gezeichnetes Kapital	29.093	29.093

Das gezeichnete Kapital ist in 29.093.000 Aktien zu jeweils 1,00 EUR aufgeteilt. Eigene Aktien besitzt die Gesellschaft nicht.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
A. II. Kapitalrücklage	9.732	9.732
A. III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	205	205
2. Andere Gewinnrücklagen	23.172	22.672
A. IV. Bilanzgewinn	164	538

Die Hauptversammlung am 29. April 2019 folgte dem Gewinnverwendungs-vorschlag und beschloss, vom Bilanzgewinn 2018 einen Betrag von 500 TEUR den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.

Vom Bilanzgewinn 2019 sollen gemäß Gewinnverwendungs-vorschlag 100 TEUR den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
B. Nachrangige Verbindlichkeiten	20.000	20.000

Im Geschäftsjahr bestehen nachrangige Verbindlichkeiten im Rahmen zweier Darlehen von jeweils 10.000 TEUR gegenüber dem verbundenen Unternehmen SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund. In 2019 sind 760 TEUR (Vorjahr 760 TEUR) an Zinsaufwendungen für die Darlehen angefallen.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
C. Versicherungstechnische Rückstellungen	327.836	323.796

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden nach handelsrechtlichen Erfordernissen gebildet. In allen Fällen wird dabei berücksichtigt, dass die dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen sichergestellt ist.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
C. I. Beitragsüberträge	39.014	39.351

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden nach der 1/360-Methode unter Berücksichtigung unterjähriger Zahlungsweisen errechnet. Die Ermittlung der nicht übertragsfähigen Einnahmeteile wird entsprechend dem BMF-Schreiben vom 30. April 1974 vorgenommen.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
C. II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	288.506	284.124

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergibt sich eine Zuführung zur Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von 4.381 TEUR (Vorjahr 6.594 TEUR). Die Anteile eines Rückversicherers in Höhe von 506 TEUR sind hierbei berücksichtigt. Im Ergebnis führt dies zu einem Anstieg der Nettoschadenrückstellungsquote um 3,2 %-Punkte auf 164,9 % (Vorjahr 161,7 %). Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein deutlich verringerter Abwicklungsverlust in Höhe von 9.528 TEUR.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
C. III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	316	320

Es handelt sich um die Stomorrückstellung für Beitragsausfälle. Die Ermittlung erfolgt aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
D. Andere Rückstellungen	8.117	7.072
D. I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.496	3.207

Der Zuführungsbedarf, der sich durch die Umstellung der Bewertungsmethodik am 1. Januar 2010 ergibt, wird gemäß Artikel 67 EGHGB zum 31. Dezember 2019 vollständig in Höhe von 533 TEUR berücksichtigt. Die Zuführung erfolgt letztmalig in 2019.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Pensionen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum Bilanzstichtag 404 TEUR.

Für arbeitnehmerfinanzierte Pensionszusagen erfolgt im Geschäftsjahr eine Saldierung von Planvermögen und Pensionsverpflichtungen nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Die Anschaffungskosten und der beizulegende Zeitwert des verrechneten Deckungsvermögens belaufen sich zum 31. Dezember 2019 auf 945 TEUR. Der Zeitwert entspricht dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Pensionsverpflichtungen beträgt zum 31. Dezember 2019 ebenfalls 945 TEUR.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
D.II. Steuerrückstellungen	1.330	608
Körperschaftsteuer	669	283
Gewerbesteuer	649	309
Solidaritätszuschlag	12	16

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
D. III. Sonstige Rückstellungen	3.291	3.257
davon Rückstellungen für personelle Aufwendungen	1.650	1.854
davon Rückstellungen für Folgeprovisionen	469	410
davon übrige Rückstellungen	1.172	933

Der Umfang der sonstigen Rückstellungen richtet sich nach dem voraussichtlichen Bedarf. Die Rückstellungen für personelle Aufwendungen beinhalten unter anderem eine Rückstellung für Erfolgsbeteiligung sowie die Rückstellungen für Altersteilzeit und Mitarbeiterjubiläen, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt werden.

Mit Ausnahme der Rückstellungen für Altersteilzeit und Mitarbeiterjubiläen haben alle Rückstellungen eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
E. Andere Verbindlichkeiten	7.818	6.922
E. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	3.560	2.844
davon gegenüber Versicherungsnehmern	1.745	1.579
davon gegenüber Versicherungsvermittlern	1.815	1.265

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsvermittlern beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 307 TEUR (Vorjahr 11 TEUR).

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
E. II. Sonstige Verbindlichkeiten	4.258	4.078
davon Versicherungssteuer	2.625	2.628
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	35	36
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	29	29
davon übrige Verbindlichkeiten	1.569	1.385

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
F. Rechnungsabgrenzungsposten	14	17

Es handelt sich hierbei um Disagiobeträge aus Kapitalanlagen. Die Disagiobeträge werden kapital- und laufzeitanteilig vereinnahmt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

	2019 TEUR	2018 TEUR
Gebuchte Bruttobeiträge	174.805	174.658
Veränderung der Beitragsüberträge	337	1.045
Verdiente Bruttobeiträge	175.142	175.703
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	– 155	0
Verdiente Nettobeiträge	174.987	175.703

Die gebuchten Bruttobeiträge wurden ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung

In dem Betrag von 198 TEUR (Vorjahr 165 TEUR) sind im Wesentlichen vom Versicherungsnehmer gezahlte Mahngebühren enthalten.

3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

In 2019 belaufen sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle auf 129.684 TEUR und liegen um 1.119 TEUR unter den Vorjahresaufwendungen von 130.803 TEUR. Hiervon entfallen 125.303 TEUR auf Schadenzahlungen (Vorjahr 124.209 TEUR), in denen Erstattungen eines Rückversicherers in Höhe von 540 TEUR berücksichtigt sind. Weitere Aufwendungen in Höhe von 4.381 TEUR fallen für die Stärkung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle an. Die Anteile eines Rückversicherers betragen -506 TEUR. Die bilanzielle Bruttoschadenquote erhöht sich von 74,5 % um 0,1 %-Punkte auf 74,6 %. Die bilanzielle Nettoschadenquote beträgt 74,1 % (Vorjahr 74,5 %).

4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

In dem Betrag von 4 TEUR (Vorjahr 7 TEUR) ist ausschließlich die Auflösung der Stomorrückstellung enthalten.

5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen insgesamt 52.043 TEUR (Vorjahr 52.289 TEUR). Hiervon entfallen auf den Abschluss von Versicherungsverträgen 30.568 TEUR (Vorjahr 31.068 TEUR) und auf die Verwaltung von Versicherungsverträgen 21.475 TEUR (Vorjahr 21.221 TEUR).

6. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

Unsere Gesellschaft betreibt das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und das passive Rückversicherungsgeschäft. Das hieraus resultierende versicherungstechnische Ergebnis beträgt -6.538 TEUR nach -7.217 TEUR im Vorjahr.

Der Rückversicherungssaldo setzt sich wie folgt zusammen:

	2019 TEUR	2018 TEUR
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	– 155	0
Anteil der Rückversicherer an den Aufwendungen für Versicherungsfälle	1.046	0
Rückversicherungssaldo	891	0

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

	2019 TEUR	2018 TEUR
Erträge aus Grundstücken und Gebäuden	501	501
Erträge aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen	30	5
Erträge aus Sondervermögen	2.777	3.363
Erträge aus Inhaberschuldverschreibungen	1.645	1.377
Erträge aus Namensschuldverschreibungen	4.542	4.867
Erträge aus Schuldscheindarlehen	1.414	1.793
Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0	286
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	83	108
	10.992	12.300

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2019 TEUR	2018 TEUR
Aufwendungen für die Vermögensverwaltung	437	420
Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude	1.048	253
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	23	43
	1.508	716

3. Sonstige Erträge

	2019 TEUR	2018 TEUR
Erträge aus Dienstleistungen gegenüber Dritten	1.815	1.696
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	49	35
Übrige Erträge	466	233
	2.330	1.964

4. Sonstige Aufwendungen

	2019 TEUR	2018 TEUR
Aufwendungen für Dienstleistungen gegenüber Dritten	1.771	1.640
Zinsaufwendungen	1.105	1.072
Aufwendungen für interne Projekte	476	1.109
Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes	371	693
Übrige Aufwendungen	181	239
	3.904	4.753

5. Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen von 53 TEUR (Vorjahr 53 TEUR) entfallen letztmalig auf Anpassungen der Pensionsrückstellung aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

Entwicklung der Aktivposten B und C im Geschäftsjahr 2019

Aktivposten	BILANZWERTE	ZUGÄNGE	UMBUCHUNGEN
	VORJAHR TEUR	TEUR	TEUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.961	0	266
2. Geleistete Anzahlungen	148	165	- 266
3. Summe B.	3.109	165	0
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.583	0	0
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50	0	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	109	900	0
3. Summe C II.	159	900	0
C III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	120.504	9.000	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	83.130	32.191	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	142.708	5.057	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	41.798	2	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	8.800	4.700	0
5. Andere Kapitalanlagen	16	0	0
6. Summe C III.	396.956	50.950	0
insgesamt	406.807	52.015	0

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgt die Ermittlung der Zeitwerte auf Basis von Gutachten nach dem Ertragswertverfahren bzw. der (fortgeführten) Anschaffungskosten.

Die Zeitwertermittlung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt aus Vereinfachungsgründen anhand des Buchwertes. Bei Ausleihungen an verbundene Unternehmen entspricht der Nennwert dem Zeitwert.

Für börsennotierte Kapitalanlagen werden die Kurswerte zum letzten Börsentag zugrunde gelegt. Für börsennotierte Inhaberpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, werden die Zeitwerte mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt. Investmentanteile werden mit den von den Fondsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmekursen angesetzt.

Sowohl für die zum Nennwert bilanzierten Namensschuldverschreibungen als auch für die zu Anschaffungskosten bilanzierten Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie die nicht notierten Zero-Schuldscheinforderungen und Zero-Namensschuldverschrei-

ABGÄNGE	ZUSCHREIBUNGEN	ABSCHREIBUNGEN	BILANZWERTE	ZEITWERTE
TEUR	TEUR	TEUR	GESCHÄFTSJAHR	GESCHÄFTSJAHR
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
0	0	- 727	2.500	2.500
0	0	0	47	47
0	0	- 727	2.547	2.547
0	0	- 1.048	5.535	8.450
0	0	0	50	50
- 151	0	0	858	858
- 151	0	0	908	908
0	0	0	129.504	133.513
- 25.060	0	0	90.261	97.655
- 13.000	0	0	134.765	149.179
- 13.000	0	0	28.800	31.966
0	0	0	13.500	13.500
0	0	0	16	16
- 51.060	0	0	396.846	425.829
- 128.801	0	- 1.775	405.836	437.734

bungen werden die Zeitwerte mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt.

Im Bilanzposten C.III.3.a) befinden sich darüber hinaus einzelne Anlagen mit stillen Lasten. Diese betragen in Summe 549 EUR und betreffen einen Teilbestand mit einem Buchwert von 3.765.284 EUR und einem beizulegenden Zeitwert von 3.764.734 EUR. Die betreffenden Titel verbleiben planmäßig bis zu ihrer Fälligkeit im Bestand. Bei keinem Titel wird ein Forderungsausfall erwartet. Somit ist die Wertminderung als nicht dauerhaft zu betrachten.

Die Zeitwerte der kurz laufenden Commercial Paper entsprechen aus Vereinfachungsgründen den Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen.

In den Bilanzposten C.III.2 und C.III.4. befinden sich einfach strukturierte Produkte mit einem Buchwert von 23.592 TEUR. Ihr Zeitwert beträgt 23.703 TEUR. Die angegebenen Buch- und Zeitwerte beziehen sich jeweils auf das gesamte strukturierte Produkt. Bei der Ermittlung der Zeitwerte werden an Finanzmärkten gängige Bewertungsverfahren eingesetzt.

Sonstige Angaben

Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer (Mitarbeiterkapazität)

	2019	2018
Innendienst	109	108
Angestellter Außendienst	20	20
Insgesamt	129	128

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2019 TEUR	2018 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungs- vertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	35.440	35.968
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	8	0
3. Löhne und Gehälter	10.157	9.976
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.629	1.590
5. Erträge / Aufwendungen für Altersversorgung	269	298
6. Aufwendungen insgesamt	47.503	47.832

Gesamtbezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich auf 733.934,07 EUR (Vorjahr 641.895,18 EUR), der im Ruhestand befindlichen Vorstandsmitglieder bzw. deren Angehörige auf 104.495,45 EUR (Vorjahr 102.724,37 EUR). Die Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder betragen 908.682,00 EUR (Vorjahr 889.973,00 EUR). Die Bezüge des Aufsichtsrates belaufen sich auf 13.600,00 EUR (Vorjahr 13.600,00 EUR).

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Auf die Angaben über das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB wurde verzichtet, da die Angaben im Konzernabschluss der SIGNAL IDUNA Lebensversicherung a.G. enthalten sind. Die dort berücksichtigten Honorare für Abschlussprüferleistungen entfallen auf die Prüfung des Jahresabschlusses und der Solvabilitätsübersicht.

Beteiligungen

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, hält 100 % der Anteile an unserem Unternehmen und hat uns die entsprechende Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG gemacht.

Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Im Berichtszeitraum wurden mit nahe stehenden Unternehmen und Personen keine Geschäfte zu marktüblichen Konditionen im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB getätigt.

Angaben zu ausschüttungsgesperren Beträgen

Aufgrund des Unterschiedsbetrags bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB hat unsere Gesellschaft ausschüttungsgesperrte Beträge in Höhe von 404 TEUR (Vorjahr 449 TEUR), die aber aufgrund der Eigenmittelausstattung nicht zum Tragen kommen. Ausschüttungsgesperrte Beträge im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB sind nicht angefallen.

Nachtragsbericht

Die bisherige Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr entspricht unseren Erwartungen und Planungen.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Abschlusses unseres Unternehmens steht die Weltwirtschaft unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat – aufgrund der starken Ausbreitung des Coronavirus auch außerhalb Chinas – am 30. Januar 2020 den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen und stuft die Verbreitung des Virus seit dem 11. März 2020 nunmehr als Pandemie ein. Die derzeit enorme Unwägbarkeit in Bezug auf die Ausbreitung und die Folgen der Lungenkrankheit Covid-19 erschwert eine Prognose der Geschäftsentwicklung unseres Unternehmens.

Die Untersuchungen zu den finanziellen Auswirkungen auf die DEURAG wurden umgehend eingeleitet, sind jedoch zum Zeitpunkt der Aufstellung des Abschlusses noch nicht konkret abschätzbar. Je nach Umfang und Schwere des Verlaufs der Pandemie sowie der Wirksamkeit der ergriffen Gegenmaßnahmen könnten jedoch vermutlich das Neugeschäft sowie der Schadenverlauf negativ beeinträchtigt werden. Zusätzlich könnten die ausgelösten akuten Verwerfungen an den Kapitalmärkten die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen sowie das Anlageergebnis negativ beeinflussen. Weiterhin sind Liquiditätseinengungen am Markt zu beobachten.

Der interne Krisenstab hat die Umsetzung der Notfallplanung in Bezug auf das Business Continuity Management (BCM) eingeleitet und koordiniert eine permanente Überwachung der aktuellen Lage sowie die Umsetzung geeigneter Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter und zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs. Trotz aller Gegenmaßnahmen sind jedoch Einschränkungen in den Betriebs- und Steuerungsprozessen – auch ausgelöst durch die Regelungen zur Eindämmung der Pandemie (u. a. Ausgangssperren bzw. Ausgangseinschränkungen) – nicht ausgeschlossen.

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Kfm. Dr. Stefan Kutz

Vorstandsmitglied

SIGNAL IDUNA Gruppe

Dortmund

Vorsitzender

Ulrich Scheele

Generalbevollmächtigter Vertriebs-
entwicklung / Freie Vertriebe

SIGNAL IDUNA Gruppe

Arnsberg

Stellvertretender Vorsitzender

Jörg Krieger

Bereichsleiter Kraftfahrt, Unfall Produkt-
management, Betrieb, Underwriting

SIGNAL IDUNA Gruppe

Dortmund

Christiane Rabe

Abteilungsleiterin

SIGNAL IDUNA Gruppe

Hamburg

Von den Arbeitnehmern gewählt:

Rene Clemens

Versicherungsangestellter

Berlin

Achim Kaiser

Angestellter RSS Rechtsschutz-Service GmbH

Mainz

Vorstand

Markus Spigiel

Direktor

Castrop-Rauxel

Rechnungswesen, Unternehmensstrategie /

-controlling, Datenschutz, Mathematik, Versicherungs-
mathematische Funktion */**, Risikomanagement-

Funktion *, Compliance-Funktion *, Interne Revision */**,

Informationstechnologie, Betriebsorganisation /

Allgemeine Verwaltung

Arndt A. Stange

Direktor

Schlangenbad

Schadenregulierung, Qualitätsmanagement,

Produktkalkulation und Produktmanagement,

Portfoliomanagement, Recht / Beschwerde,

Unternehmenseigene Versicherungen

Dr. Thomas Wolf

Direktor

Wiesbaden

Vertrieb / Marketing, Vertriebsservice / -steuerung,

Außendienstorganisation / -verträge, Betrieb,

Gerichtliches Mahnverfahren, Personal, Kapitalanlagen,

Betriebsrat

* Schlüsselfunktion

** Ausgliedert auf Konzern

Abschlussprüfer

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Berlin

Konzernangaben

Wir sind ein abhängiges Unternehmen von der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund. Gemäß § 290 HGB ist unser Unternehmen in den Konzernabschluss der SIGNAL IDUNA Lebensversicherung a. G., Hamburg, einzubeziehen. Der Konzernabschluss wird für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen aufgestellt. Er wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister am Geschäftssitz hinterlegt. Die DEURAG ist daher gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Pflicht zur Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses befreit.

Wiesbaden, den 24. März 2020

DEURAG
Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Der Vorstand

Markus Spigiel

Arndt A. Stange

Dr. Thomas Wolf

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG, Wiesbaden

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG, Wiesbaden – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG, Wiesbaden für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzes und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der Sonstigen Ausleihungen

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrund-

sätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ im Anhang des Unternehmens. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt „Marktrisiken“ enthalten.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 betragen die Sonstigen Ausleihungen EUR 163,6 Mio. Der Anteil dieser Kapitalanlagen beträgt 38,4 % der Bilanzsumme und hat somit einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögenslage des Unternehmens.

Die Sonstigen Ausleihungen werden entweder zu Anschaffungskosten oder zu Nennwerten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. In Bezug auf die Buchwerte besteht bei den Kapitalanlagen, bei denen der beizulegende Wert bzw. der Zeitwert zum Bilanzstichtag unterhalb des Buchwertes liegt, das grundsätzliche Risiko, dass diese Werte nicht zutreffend ermittelt werden und daher

- eine voraussichtliche dauernde Wertminderung in wie Anlagevermögen bewerteten Beständen nicht erkannt wird und eine Abschreibung daher unterbleibt oder
- bei einer Wertaufholung eine Zuschreibung unterbleibt oder nicht in erforderlichem Umfang vorgenommen wird oder
- die Zeitwertangabe im Anhang nicht korrekt ist.

Bei den Sonstigen Ausleihungen, deren Zeitwerte nicht unmittelbar aus einem aktiven Markt abgeleitet werden können, sondern anhand von alternativen Bewertungsverfahren abgeleitet werden müssen, besteht ein Risiko bei der Bewertung. Die Bewertung erfordert in der Regel die Auswahl der adäquaten risikofreien Zinsstrukturkurve. Die Ermittlung der Zeitwerte durch die Auswahl und Ableitung von am Markt beobachtbaren Parametern ist insbesondere komplex, wenn es sich nicht um festverzinsliche Anleihen ohne weitere Ausstattungsmerkmale handelt und hinsichtlich der getroffenen Annahmen von Einschätzungen und Beurteilungen des Unternehmens abhängig ist. Dies gilt ins-

besondere für den bonitätsgerechten Zinsaufschlag (Spread), wenn keine emittentenspezifischen Bonitätsinformationen zum Bilanzstichtag vorliegen.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unsere Prüfung der Sonstigen Ausleihungen haben wir risikoorientiert durchgeführt. Sie beinhaltete insbesondere folgende Tätigkeiten:

- Wir haben uns einen grundlegenden Überblick über den Prozess der Erhebung von Marktdaten und ihrer Übertragung in das Bestandsführungssystem für Kapitalanlagen sowie die Ermittlung der Inputfaktoren für Bewertungsmodelle einschließlich der hierzu eingerichteten Kontrollen verschafft. Kontrollen, die auf die Vollständigkeit und Richtigkeit der verwendeten Bewertungsparameter abzielen, haben wir hinsichtlich ihrer Angemessenheit beurteilt. Wir haben uns durch Funktionsprüfungen von der Wirksamkeit der installierten Kontrollen überzeugt.
- Wir haben weiterhin die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsmodelle in Bezug auf ihre finanzmathematische Eignung beurteilt.
- Unter Einbezug unserer Kapitalanlagespezialisten haben wir die Systematik der Parametrisierung gewürdigt. Die verwendeten Parameter haben wir mit aus beobachtbaren Marktdaten abgeleiteten Werten verglichen und mit den Verantwortlichen des Unternehmens erörtert.
- Auf dieser Basis haben wir für einzelne risikoorientiert ausgewählte Titel eigene Berechnungen vorgenommen und mit den von dem Unternehmen ermittelten Werten verglichen.
- Wir haben anhand der im Rahmen unserer Prüfung gewonnenen Informationen beurteilt, bei welchen Sonstigen Ausleihungen Anhaltspunkte für einen Ab- oder Zuschreibungsbedarf bestehen. In den so identifizierten Fällen haben wir nachvollzogen, ob die Abschreibungen (insbesondere bonitätsbedingte) und die Zuschreibungen erforderlich waren.
- Zur Sicherstellung der rechnerischen Richtigkeit des verwendeten Bewertungsmodells haben wir die Berechnungen des Unternehmens auf Basis risikoorientiert ausgewählter Elemente nachvollzogen.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden zur Ermittlung der Zeitwerte der Sonstigen Ausleihungen sind sachgerecht und stehen im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen. Die zugrunde liegenden Annahmen und Parameter wurden angemessen abgeleitet.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang des Unternehmens im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt „Versicherungstechnische Risiken“ enthalten.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle betragen zum Bilanzstichtag EUR 289,0 Mio. Dies sind 67,8 % der Bilanzsumme.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle teilt sich in verschiedene Teilschadenrückstellungen auf. Die Rückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle betreffen einen wesentlichen Teil der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle werden nach dem voraussichtlichen Aufwand für jeden einzelnen Schadenfall anhand von Reservegrundwerten ermittelt bzw. geschätzt. Für noch nicht bekannte Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen

und Rückstellungen für wiederauflebende Schadenfälle gebildet, die überwiegend nach Erfahrungssätzen berechnet werden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung. Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekannte Spätschäden) und den bereits abgeschlossenen, jedoch wiederauflebenden Schadenfällen besteht daneben das Risiko, dass diese nicht in zutreffendem Umfang geschätzt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle haben wir folgende wesentliche Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns davon überzeugt, dass die Kontrollen, mit der die zeitnahe Bearbeitung von Versicherungsfällen und somit die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, sachgerecht aufgebaut sind und wirksam durchgeführt werden.
- Für einen Teilbestand von Versicherungsfällen haben wir die Höhe einzelner Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle anhand der Aktenlage für verschiedene Leistungsarten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnung des Unternehmens zur Ermittlung der unbekanntes Spätschäden nachvollzogen. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung für den Gesamtschadenaufwand ermittelt, um die Angemessenheit der gebuchten Schadenrückstellungen

- gen zu überprüfen und ein enthaltenes Sicherheitsniveau zu bewerten.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand von Abwicklungsergebnissen analysiert.
 - Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen und durchschnittlichen Schadenhöhen sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden zur Ermittlung des Buchwerts der Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind sachgerecht und stehen im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen. Die zugrunde liegenden Annahmen wurden in geeigneter Weise abgeleitet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts.

Die sonstigen Informationen umfassen nicht den geprüften Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben

- oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Unternehmens zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen. Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter

verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Unternehmens zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Unternehmens abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Unternehmens zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks er-

langten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass das Unternehmen seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenom-

men werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 29. April 2019 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 20. Januar 2020 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind erstmalig seit dem Geschäftsjahr 2019 als Abschlussprüfer des Unternehmens tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Christof Hasenburg.

Berlin, den 24. April 2020

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hasenburg	Stümper
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres seine nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Er hat sich insbesondere vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über die Geschäftsentwicklung, die Risiken und die finanzielle Situation des Unternehmens sowie über die Lage der Gesellschaft schriftlich und mündlich unterrichten lassen und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. In seinen Sitzungen informierte sich der Aufsichtsrat eingehend über die geschäftlichen Aktivitäten des Unternehmens und fasste die notwendigen Beschlüsse.

Der Aufsichtsrat konnte sich durch seine Prüfungen von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugen.

Der Abschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2019 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2019 vorgelegte Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG ist ebenfalls geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers hat folgenden Wortlaut:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsberichte zur Kenntnis genommen und stimmt dem Ergebnis der Prüfungen zu.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen lagen dem Aufsichtsrat vor und sind von ihm geprüft worden. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Dies gilt auch für die Erklärungen des Vorstandes im Lagebericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist, und schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Bilanzgewinnes an.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt der Dank des Aufsichtsrates für die im Jahre 2019 geleistete Arbeit.

Dortmund, den 27. April 2020

Der Aufsichtsrat

Dr. Stefan Kutz

Vorsitzender

Ulrich Scheele

Stellvertretender Vorsitzender

Jörg Krieger

Christiane Rabe

Rene Clemens

Achim Kaiser



DEURAG
Deutsche Rechtsschutz-
Versicherung AG
Abraham-Lincoln-Straße 3
65189 Wiesbaden
info@deurag.de
www.deurag.de

Handelsregister Wiesbaden
HRB 3995

Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Dortmund
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Hauptverwaltung Hamburg
Neue Rabenstraße 15-19
20354 Hamburg